

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 252.

Donnerstag, den 27. Oktober 1910.

17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Folgen des Systems.

Ab und zu sind im deutschen Offizierskorps Vorkommnisse sexueller Natur zu verzeichnen, die die öffentliche Aufmerksamkeit in einer für die Offiziere sehr peinlichen Weise hervorrufen. Auch hier hat man es mit Früchten des Systems zu tun.

Da haben wir einmal die Gelbehe, die der Staat mit seiner Einrichtung der Offizierskautionen selbst erzwingt. Will ein Oberleutnant oder ein Leutnant heiraten, so muß er nachweisen, daß er oder seine Braut ein verfügbares Vermögen von ungefähr 70 000 Mark besitzt.

Ist ein Offizier selbst wohlhabend, so kann ihm diese Bestimmung freilich egal sein, weil er sich trotz ihrer Existenz nach Neigung verheiraten kann. Dem nicht bemittelten Offizier blüht dieses Glück aber nur dann, wenn er zufällig ein Mädchen liebt, das ein respektables Vermögen besitzt. Nicht selten geht die Sache so, daß ein Offizier auf das Objekt seiner Liebe nur wegen Geldmangels verzichten muß. Eines Tages schließt er dann vielleicht eine Gelbehe, die nach Umständen auch ein Mittel zur Beruhigung ungeduldig gewordener Gläubiger vorstellt.

Erhält ein Mädchen bei der Verheiratung eine Mitgift von zirka 70 000 Mk., so muß es aus einer sehr wohlhabenden Familie stammen. Die Töchter derartiger Familien sind aber meistens nicht an Arbeit gewöhnt. Nachdem ihnen die höhere Mädchenschulbildung eingetrichtert wurde, also nach Ablauf des 16. bis 17. Lebensjahres, huldigen sie meist nur der Sändestel und dem Vergnügen.

Aus diesem Milieu stammen viele Offiziersfrauen. Heiratet ein Mädchen aus einer sehr wohlhabenden Familie, so wird es, sofern es in der geschickten Weise erzogen wurde, natürlich nicht plötzlich fleißig und genügsam, sondern in den meisten Fällen in der Ehe ähnlich weiterleben, wie es als Mädchen gelebt hat. Diese Weichlichkeit, dieser Mangel an ernster Beschäftigung kann aber erotisch angelegten Naturen sehr leicht gefährlich werden.

Wie ist nun das Milieu, in dem die Offiziersfrau sich gewöhnlich bewegt? Damit kommen wir zu der Wohnung des Offizierskorps von der Zivilbevölkerung. Auf dem Ball, in Gesellschaft, im Theater, sofern in der Garnison eins existiert, auf dem Spielplatz tritt eine Offiziersfrau immer mit den nämlichen Männern in Berührung. Das ist für leicht entzündliche Naturen an sich schon bedenklich. Hegt eine solche Frau auch noch den Verdacht, ihr Mann habe sie nur wegen ihres Geldes und wegen seiner Schulden geheiratet, so wird die Sache noch gefährlicher. Und wird die Frau von ihrem Manne auch noch vernachlässigt, kommt er nur zum Essen und Schlafen nach Hause und treibt sich im übrigen in den dienstfreien Stunden im Kasino, auf der Jagd oder im Gasthaus herum, so ist es unter den dargelegten Umständen begreiflich, wenn eine solche Frau zuletzt beim Ehebruch landet, mag sie an sich auch nicht manns toll sein.

Nun müssen wir noch den andern Teil, die Offiziere selbst, betrachten. Auch für den Mann ist es eine mißliche Sache, wenn er nicht nach Neigung heiraten kann. Es kommt dabei sehr leicht zur Geldheirat oder auch zu Liebesabenteuern, die für den Betroffenen nicht immer gut enden.

Daß Mars für Venus schwärmt, ist bekannt. Die Lebensweise des Offiziers, die viele Bewegung im Freien, die reichliche Nahrung und der Umstand, daß das weibliche Geschlecht für die Träger der Uniform eine besondere Schwäche hat, sind nicht dazu angetan, Affekten zu erziehen. Daher spielt bei manchen Offizieren das Verlangen nach dem Weibe eine große Rolle.

Und nun denke man sich den Fall, daß solch ein liebesbedürftiger Herr infolge der erwähnten Absonderung des Offizierskorps sehr häufig mit einer Offiziersfrau zusammenkommt, die von Natur aus leidenschaftlich angelegt ist, eine weiche Lebensweise führt und sich zu allem Überflusse auch noch von ihrem Gatten vernachlässigt glaubt. Da ist es wirklich nicht verwunderlich, wenn eines Tages eine peinliche Geschichte passiert und an die Öffentlichkeit gelangt.

Nun zu der brenzlichsten Tatsache, daß einzelne Offiziere zu der ihnen wohlbekannten Untreue der Gattin geschwiegen haben.

Hier taucht zuerst wieder die Gelbehe auf. In einer solchen Ehe kann es dahin kommen, daß die Frau dem Manne vollkommen gleichgültig wird und ihn nicht einmal ihre Untreue trübt. Derartige Ehegatten ketten zu

nicht einmal die Erinnerung an ein Stück in jungen Jahren zusammen. Und ferner leben in einer Gelbehe der Mann und die Familie fast ganz oder zum größeren Teil auf Kosten der Frau. Spitzen die Dinge sich bis zur Ehescheidung zu, so muß der Mann Geld herauszahlen und sich in der Zukunft bedeutend einschränken.

Aber auch der Duellzwang spielt hier eine große Rolle. Erfährt ein Zivilist, daß seine Frau auf Abwege geraten ist, so genügt es nach allgemeiner Anschauung, wenn er sich von seiner Frau scheiden läßt. Schlägt aber ein Offizier aus dem nämlichen Grunde Färm, so stellt er sich zugleich vor die Alternative: entweder den Rock ausziehen und mit seiner vielleicht künftigen Pension den Abschied nehmen oder sich auf Tod und Leben duellieren. Hat der Offizier Kinder, so ist es begreiflich, wenn er das eine und auch das andere scheut und seine Hörner geduldig weiterträgt.

Der Militärverwaltung sind natürlich Skandale, die sich im Offizierskorps ereignen, sehr unangenehm. Aber warum nimmt sie denn nicht ein paar kräftige Änderungen am System vor? Ist denn dieses System so heilig, daß man es nicht anrühren darf?

Man richte das Leben der Offiziere so ein, daß sie als Leutnants und Oberleutnants wie andere junge Männer mit mäßigem Einkommen heiraten können. Der Staat fordert, daß ein Leutnant, der heiratet, über eine jährliche Einnahme von ungefähr 3 800 Mark verfügt. Eine solche Summe wäre nicht nötig, wenn nicht auch die Offiziere der untersten Chargen einen durch die Gewohnheit sanktionierten gesellschaftlichen Aufwand machen müßten, den zum Beispiel ein Amtsrichter nicht zu machen braucht. Dazu kommen noch die großen Ausgaben für Uniformen und so weiter. Und gegen die Gefahr, daß mittellose Offiziere als Junggeheulen sich Schulden aufbürden und zuletzt zu einer Gelbehe gezwungen sind, gäbe es auch Mittel. Vor allem verschaffe man den Gelddarleibern das für sie traurige Bewußtsein, daß sie Offiziere wegen Schulden nicht um ihre Existenz bringen können. Wenn die Geldgeber nicht mehr sagen können: „Entweder bezahlen oder den Rock ausziehen!“, so werden die Offiziere auch nicht mehr so leicht Geld erhalten. Auch werden die Wucherer sich in acht nehmen, weil sie fürchten müssen, daß der Offizier sie verklagt. Die Vereinfachung der Speiseanstalten, die Abschaffung der Diners würden ebenfalls sehr zur Hintanhaltung des Schuldenmachens beitragen.

Ferner begnüge man sich beim Ehebruch einer Offiziersfrau damit, daß der Offizier sich scheiden läßt. Ist der Geliebte der Frau ein Offizier, so entlasse man ihn, weil er gegen die Kameradschaft so schwer gefehlt hat. Aber die Pistole verbanne man in erster Linie aus solchen Affären.

Und endlich fördere man den Verkehr zwischen Zivilbevölkerung und Militär. Damit würde auch der Gefahr vorgebeugt, daß die Offiziere einseitig und zuletzt noch Fremdlinge werden in der modernen Welt.

Allerdings, dann hörte die Exklusivität auf und deswegen wird nichts gegen all diese Mißstände unternommen werden.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Finanzen des Reiches.

Die Einnahmen des Reiches an Zöllen, Steuern und Gebühren im September bezw. im halben Etatsjahre betragen in Mark: Zölle 48 189 106 bezw. 305 629 355, Tabaksteuer 698 403 bezw. 4 987 494 (Zahresvoranschlag 14 413 000), Zigarettensteuer 1 717 109 bezw. 10 942 159 (Zahresvoranschlag 23 711 000), Zuckersteuer 11 937 047 bezw. 75 141 319, Salzsteuer 4 339 577 bezw. 26 654 503, Verbrauchsabgabe für Branntwein 15 649 399 bezw. 71 329 511 (Zahresvoranschlag 180 000 000), Schaumweinsteuer 842 621 bezw. 4 948 773, Leuchtstoffsteuer 644 378 bezw. 4 068 029 (Zahresvoranschlag 15 013 000), Zündwarensteuer 1 226 962 bezw. 6 280 283, Brausteuer und Übergangsabgabe von Bier 10 394 401 bezw. 53 019 774, Frachtkunden 1 312 291 bezw. 7 721 131, Personenzahrenten 2 112 841 bezw. 10 901 463, Automobilsteuer 246 786 bezw. 1 886 712, Grundstücksstempel 3 452 894 bezw. 21 745 537, Erbschaftsteuer 4 617 648 bezw. 20 582 389. Die Einnahmen der Post- und Telegraphenverwaltung vom 1. April bis Ende September stellen sich auf 329 561 123 Mk. (i. V. 312 085 189 Mk.) und der Reichseisenbahnverwaltung von 65 492 000 Mk. (63 117 000 Mk.). Im Reichshaushaltsetat ist die Einnahme für das Rechnungsjahr 1910 der Post- und Telegraphenverwaltung auf 693 226 325 Mk. und die Reichseisenbahnverwaltung auf 122 319 600 Mk. veranschlagt.

Die liberale Schankelpolitik

hat sich nun auch im Großherzogtum Weimar anlässlich der Erjagwahl für den verstorbenen nationalliberalen Landtagsabgeordneten Müller-Hollenhorst aus Apolda im schönsten Lichte gezeigt. Es kommen dabei die Höchstbesteuerten im Wahlbezirk Apolda-Sena in Betracht. Zuerst hätten sich Nationalliberale und Freisinnige in Sena auf den „wirklich Liberalen“, den Rechtsanwalt Dr. Lohse in Sena, geeinigt. Die Apoldaer Freisinnigen waren nicht abgeneigt mitzumachen. Nun aber stand einem Teil der Nationalliberalen in Sena der wirklich Nationalliberale Dr. Lohse etwas zu weit links. Sie bündelten mit den Konservativen an und kamen dazu, nun den „washedchten“ Nationalliberalen, den Amtsgerichtsrat Dr. Schmidt in Sena aufzustellen. Die Apoldaer Freisinnigen waren darüber erboht und stellten nun als dritten Kandidaten den „freisinnigen“ Zeitungsbesitzer Weber auf, während die Senaer Freisinnigen an dem Nationalliberalen Dr. Lohse festhielten. Bei der Wahl fiel der Freisinnsmann glänzend durch. Es muß nun eine Stichwahl zwischen dem „wirklich“ nationalliberalen Dr. Lohse und dem „washedchten“ nationalliberalen Amtsgerichtsrat Dr. Schmidt, beide in Sena, stattfinden. Zwei Nationalliberale kahbaldig sich nun darum, wer von ihnen der wirkliche oder washedchte Schunkelwalzlerpolitiker ist.

Gegen den Block von „Bebel bis Wassermann“.

Während der Abg. Naumann noch immer draußen im Lande herumreist, um für seine Idee, einen Block von Bebel bis Wassermann Stimmung zu machen, sagt die nationalliberale „Magdeburgische Zeitung“ zu diesem Streben:

„Wäre unser Volk nur etwas klarer, nur etwas aufgefächter über den Zusammenhang politischer Verhältnisse, so hätte es diese falschen Propheten schon längst zum Tempel hinausgejagt. Waffensüßigkeiten ist ein neues Schlagwort im politischen Leben. Wer sich jetzt noch der Ansicht hingibt, eine Verständigung mit der Sozialdemokratie sei möglich, der irrt. Wer aber etwa glaubt, die Reaktion niederzuschlagen zu können durch ein Bündnis mit der Sozialdemokratie, der irrt noch mehr. Nur Ideologen können solcher brutalen Sozialdemokratie gegenüber von Verständigungsmöglichkeiten sprechen. Vor allen anderen Auseinandersetzungen muß der Kampf stehen, der uns die Achtung vor dem gesetzlichen Bestande unseres Reiches und Staates erzwingt. Das ist die gegenwärtige Hauptaufgabe auch des nationalen Liberalismus.“

Dieser kalte Wasserstrahl ist offenbar auch auf den Teil der Jungliberalen berechnet, der versucht hat, sich einmal wirklich liberal zu geben.

Die Reichstagsdiäten der Kommissionen.

Für die Mitglieder der beiden während der Vertagung des Reichstags weiter arbeitenden Kommissionen, Versicherungs- und Strafprozeßkommission, sind Diäten ausgemworfen, und zwar sollen die Mitglieder diese Tagegelder erhalten bis zum Wiederzusammentritt des Reichstags. Der Reichstag selbst ist bis 8. November vertagt, soll aber erst am 22. zusammentreten. Es entsteht nun die Frage, ob auf Grund jenes Spezialdiätengesetzes für die Zeit vom 8.—22. noch Diäten an die Kommissionsmitglieder gezahlt werden dürfen. In der „Post“ tritt ein freikonservativer Abgeordneter sehr eindringlich für die Gewährung dieser Tagegelder ein. Gerade die Versicherungs-kommission habe in der Zeit vom 8.—22. November besonders angestrengt zu arbeiten und es sei unredlich, wenn sie dann keine Diäten bekäme. Der Verfasser verlangt, daß die in Frage kommenden Reichsbehörden sich bald seiner Auffassung anschließen möchten.

Noch ein Kanzlerprogramm.

Die „Frankfurter Zeitung“ teilt mit, daß sich der Reichskanzler kürzlich in politischen Kreisen dahin geäußert habe:

„Der Etat, den ich Ende November dem Reichstag vorlegen werde, ist auch ein Stück Programm und ein nicht unwichtiges.“

Die bürgerliche Presse wird natürlich nicht verfehlen, diese vollendet unklare Auffassung wieder als philosophische Natur zu bezeichnen.

Das Mandat des Reichsverbandsgenerals.

Im 14. sächsischen Wahlkreis Borna-Pegau scheint man auch in bürgerlichen Kreisen es satt zu haben, die parlamentarische Vertretung des Kreises in den Händen des Reichsverbandsgenerals von Liebert zu wissen. Die Nationalliberalen haben jetzt einen eigenen Kandidaten aufgestellt in der Person des Landtagsabgeordneten Nitze aus Leipzig, und wie die Dinge in diesem Wahlkreis liegen, dürfte, wenn es zu einer Stichwahl kommen sollte, Herr v. Liebert auf keinen Fall mehr in die Stichwahl gelangen. Der Reichsverband hat in diesem Kreise gegen politische Andersdenkende derart gewütet, daß man allgemein dieser Gesellschaft überdrüssig geworden ist.

Regierung und Großindustrie.

Die Regierung ist seit langem eifrig bemüht, die rheinisch-westfälischen Großindustriellen möglichst zufrieden zu stellen, da sie mit der Wiederherstellung der früheren national-konservativ-kerikalischen Koalition rechnet und als eines der wichtigsten Elemente dieses "nationalen" Blockes die Großindustriellen betrachtet. Diese Auffassung erklärt nicht nur, daß die Regierung sich angelegen sein ließ, bei der Beratung der zerklassierten preußischen Wahlrechtsvorlage allerlei Spezialforderungen der großen Schlotbarone in den Entwurf hineinzufancieren, sondern daß auch seit längerer Zeit die Regierungspresse ein eigenartiges Wohlwollen für die Herzenswünsche der Großindustriellen bekundet. Es kann deshalb den, der dieses zärrliche Verhältnis zwischen Regierung und Großindustrie kennt, nicht im geringsten befremden, daß auch die Einweihung des neuen Oberbergamtsgebäudes in Dortmund wieder dem Handelsminister Sydow die willkommenen Gelegenheit geboten hat, den Kohlenmagnaten allerlei Liebenswürdigkeiten zu sagen und sein tiefes Verständnis für die Forderung der Bergbesitzer zu beweisen, daß sie Herren im eigenen Hause bleiben müssen und daß die sozialpolitische Gesetzgebung nicht bis zur Zugrunde- richtung des Bergbaues getrieben werden darf; ein Zustand, der nach ihrer Versicherung bereits vor der Tür steht.

So sagte denn Herr Sydow nach den üblichen Redensarten über den großartigen Aufschwung des westfälischen Bergbaues:

„Ein Punkt ist es hauptsächlich, der den Wohlmeinenden mit ernstester Sorge erfüllen dürfte, und das ist die Arbeiterfrage. Je mehr die staatliche Gesetzgebung, je mehr die freiwillige Fürsorge des Bergbaues zum Wohle der Bergarbeiter getan hat, um so weiter scheinen wir uns von dem Ziele eines gedeihlichen Verhältnisses zwischen Unternehmern und Arbeitern, einem vertrauensvollen Zusammenarbeiten dieser beiden Teile zu entfernen. Ruß es nicht befremden, zu sehen, wie die Wahlen zur Knappschaft ausschließlich von politischen Gesichtspunkten beherrscht wurden oder wie für die Wahlen der Sicherheitsmänner nicht vor allem die Sachkenntnis und Erfahrung der Gewählten, sondern das Maß seines politischen Radikalismus entscheidend waren und so die besten Absichten Gefahr laufen, in der Wirkung in ihr Gegenteil verwandelt zu werden! Dem Oberbergamt werden hier noch schwierige Aufgaben erwachsen. Aber es wird — und ich hoffe, der Bergbau wird daselbe tun — unbeirrt seinen Weg geradeaus gehen. Was auf dem Wege sozialer Fürsorge geschieht, das tun wir um des Gewissens willen, weil und soweit wir es für unsere Christenpflicht halten. Aber auf der anderen Seite müssen wir auch darauf achten, daß der Bergbau selbst darüber nicht zugrunde geht. (Wer lacht da?) Dahin gehört auch, daß diejenigen, welche die Verantwortung für den Betrieb tragen, in den Grenzen ihrer Betriebsführung das Heft nicht aus der Hand verlieren. Eine andere Frage, die manchem von Ihnen schwere Gedanken macht und die ich hier nur leise streifen will: Wie werden sich die Absatzverhältnisse nach Ablauf des jetzigen Kohlenindikats gestalten? Wird dessen Erneuerung gelingen oder wird ein Konkurrenzkampf ausbrechen, der mit einer allgemeinen Preisenkung auch einen tief greifenden Einfluß auf die Bergarbeiterlöhne zur Folge haben würde? So schwierige Aufgaben die Zukunft in sich birgt, ich hege die Zuversicht, daß der rheinisch-westfälische Bergbau, der schon schwerere Zeiten überwunden hat, sich ihnen gewachsen zeigen wird.“

Herr Sydow sollte sich nur um seine Geschäfte kümmern; das wäre besser.

Regierung und Reichsversicherungsordnung.

Die Reichsversicherungsordnung, insbesondere, soweit sie sich mit der Organisation beschäftigt, scheint bei den zuständigen Behörden schon als beschlossenes Gesetz erachtet zu werden. Der preußische Minister des Innern hat die Vorstehenden der Landesversicherungsanstalten bereits angewiesen, die erforderlichen Einrichtungen in die Wege zu leiten und Bestimmungen über die notwendige Anzahl von Beamten zu treffen.

Die Regierung hält sonach daran fest, daß das für die Arbeiter so wichtige Gesetz nicht nur durchgepeitscht werden soll, sondern daß es auch ohne wesentliche Änderungen der Vorlage angenommen wird.

Wieder ein Unfall der Justizkommission.

Nach mehrstündigen Beratungen gab die Justizkommission in der Sitzung am Mittwoch einige Beschlüsse aus der ersten Lesung wieder auf, die eine wirkliche Verbesserung bedeuteten. — In Betracht kommen dabei die §§ 46, 55 Abs. 2 und 254 Abs. 2.

§ 46 gibt dem beamteten Zeugen das Recht, die Aussage über amtliche Dinge, deren Bekanntwerden dem Wohl des Reichs oder eines Bundesstaats Nachteil bereiten würde, von der Zustimmung seiner vorgesetzten Behörde abhängig zu machen.

Als in der ersten Lesung diese Bestimmung ungedruckt blieb, wurde in Absatz 2 des § 55 beschlossen, daß das Gericht auf die Angaben nicht genannter Spitzel oder Agenten provokateurs keinen Wert legen darf. Und im Abs. 2 des § 254 wurde festgelegt, daß, wenn in einem Verleumdungsprozeß die Ermittlung der Wahrheit durch die Ausjageweigerung eines Beamten gehindert wird, auf Freisprechung zu erkennen oder das Verfahren einzustellen ist.

Da die Regierung diesen beiden Bestimmungen ein „Unannehmbar“ entgegensetzte, fiel die Kommissionsmehrheit, in erster Linie das Zentrum, wieder glatt um. Und indem nun dem § 46 folgende scheinbar verbessernde Formulierung gab:

„Wird die Ermahnung von der zunächst vorgesetzten Behörde verweigert, so hat das Gericht, wenn es die Berechnung im Interesse der Wahrheitsermittlung für geboten erachtet, die Entscheidung der Zentralbehörde einzufordern. Die Ermahnung darf nur verweigert werden, wenn die Berechnung die Sicherheit oder Ordnung des Reichs oder eines Bundesstaats oder die ordnungsmäßige Erfüllung der Aufgaben der Organe des Reichs oder eines Bundesstaats gefährden würde.“

streich man die in erster Lesung beschlossenen Verbesserungen in Abs. 2 der §§ 55 und 254.

So bröckelt von den geringfügigen Verbesserungen an Beschlüssen der ersten Lesung immer mehr ab und wenn die zweite Lesung der Kommission beendet sein wird, wird die Regierung selbst darüber erstaut sein, was sie in dieser Kommission alles erlangt hat. — Die Verschlechterungen wurden gegen die Stimmen der Freisinnigen, der Polen und unserer Genossen beschlossen.

Die von der Berliner Polizei mißhandelten ausländischen Journalisten — Führer des Sanhagels!

Das Deutsche Auswärtige Amt hat soeben auf das Gesuch der britischen und amerikanischen Regierungen um Untersuchung der Moabiter Journalistenaffäre die Antwort erteilt. Die deutsche Regierung lehnt es im Namen der preussischen Behörden ab, gegen die beteiligten Polizeibeamten vorzugehen. Nach den Aussagen der Beamten hätten sich die betreffenden Korrespondenten in einer Weise benommen, daß die Schulleute der Anstalt waren, daß die Journalisten „Führer des Sanhagels“ (leaders of the mob) seien. Außerdem behaupteten die beteiligten Schulleute, daß sie die vier Journalisten mehrfach aufgefordert hätten, den Platz zu räumen. Das Schreiben des Auswärtigen Amtes an den englischen und an den amerikanischen Botschafter bezeichnet die Angelegenheit als einen bedauerlichen Zwischenfall, der wesentlich einem Mißverständnis zuzuschreiben sei, sieht aber keinen Grund, gegen die Polizeibehörde irgendeinen Vorwurf zu erheben.

Die vier englischen und amerikanischen Journalisten bestreiten ihrerseits entschieden die Behauptungen der Schulleute, auf die sich die Erklärung der deutschen Regierung stützt. Und es wird ihnen bis auf die Verteidiger der Polizei jedermann glauben, denn daß im Automobil fahrende Journalisten, die ihre Legitimationskarten vorzeigen, den Eindruck von „Führern“ des Sanhagels erwecken, ist eine Ausrede, deren nur ein Polizeihauptmännchen fähig ist.

Belgien.

Für das deutsche Volk, gegen den Absolutismus. Aus Anlaß des Besuches Wilhelms II. sind ganz ungewöhnliche Sicherheitsmaßnahmen streng nach russischem Muster getroffen worden. Auch 100 deutsche Polizisten sind in Brüssel eingetroffen. Die Absperregesetze werden ungewöhnlich streng gehandhabt, so daß der zügellose Mob nicht auf seine Kosten kommt. Das belgische Proletariat aber hat in einer glänzenden Versammlung Stellung zu dem Besuche genommen. Unter stürmischem Beifall wurde folgende von der Brüsseler Organisation beantragte Resolution angenommen:

„Daß von der belgischen Arbeiterpartei aus Anlaß des Besuches Wilhelms II. einberufene Meeting sendet den vom preussischen Militarismus bedrückten Volksmassen brüderliche Grüße und den Ausdruck heißer Sympathie in der Überzeugung, daß die völlige Befreiung der deutschen und insbesondere der preussischen Arbeiter, die fühne Antwort auf die Rede von Königberg sein werde.“

In der Versammlung sprachen Genosse De Brouckere, die Abgg. Delaporte und Wouters und Gemeinderat Vink. Sie alle betonten die Sympathien des belgischen Volkes für die vom Absolutismus bedrückten deutschen Arbeiter und erklärten, daß am Empfangstage die Arbeiter Brüssels durch ihre Abwesenheit demonstrieren werden.

Frankreich.

Verurteilte Eisenbahner. Das Kriegsgericht in Lille verurteilte die Eisenbahner Haerskerke und Faes, die dem Mobilisierungsbefehl zwar Folge geleistet, aber ihre Kameraden zum Streik aufgefordert hatten, zu sechs beziehungsweise zwei Monaten Gefängnis. Faes wurde jedoch die Vergünstigung des bedingten Strafausschubs zuerkannt.

Die Lübecker Straßenbahn und die Bürgerchaft.

sg. Eine derjenigen Fragen, die sowohl in der Bürgerchaftskommission, als auch im Bürgerausschuß selbst Gegenstand eingehender Erörterungen waren, ist die Tarifrage. In der Kommission standen sich hier allein vier verschiedene Ansichten gegenüber; jede Richtung wollte die andere in der Schröpfung des fahrenden Publikums noch übertreffen. Sonderbar hat es uns berührt, daß man sich, wie aus dem Bericht der Bürgerchaftskommission hervorgeht, „nicht der Einsicht verschließen konnte, daß beim unbedingten Festhalten an diesem Tarif (Einheitstarif von 10 Pfg.) dem weiteren Ausbau der Straßenbahn große Schwierigkeiten erwachsen müßten, da den erheblichen Ausgaben, welche die Anlegung neuer Strecken erfordert, keine genügenden Einnahmen gegenüberstehen.“ Wenn man diesen Satz liest, dann muß man unwillkürlich zu der Überzeugung kommen, daß eine Reihe Bürgerchafts-Mitglieder sich allem Anschein nach hat einseitig lassen. Dem Ausbau der Straßenbahn sollen Schwierigkeiten erwachsen, wenn man nicht den Zonentarif einführt! Man rechnet also hier nach mit einer enormen Steigerung der Einnahmen durch den Zonentarif. Wie liegt denn hier aber die Sache in Wirklichkeit?

Nach unmissverständlich gebliebenen Mitteilungen in der Bürgerchaft und im Bürgerausschuß haben vorgenommene Feststellungen ergeben, daß heute etwa 90 Prozent der Straßenbahnfahrergäste unter 3000 Meter Straßenlänge abfahren, während etwa 10 Proz. über 3000 Meter fahren. Da nach der zunächst akzeptierten Senatsvorlage bei Festsetzung des Zonentarifes eine Normalstrecke von etwa 3000 Meter für 10 Pfg. abgefahren werden kann und weitere etwa 2000 Meter jeweils 5 Pfg. mehr kosten sollen, so kann man getrost auf Grund der vorstehenden Feststellungen Schlusfolgerungen ziehen, die als höchst haltbar gelten können. Wenn jemand unseres fahrenden Publikums behauptet, daß die Straßenbahn bisher zur Zurücklegung kürzerer Strecken, während nur ein Zehntel Gebrauch machte von

dem Recht, für den Nickel längere Strecken abzufahren, glaubt man anscheinend, daß sich dieses Verhältnis nach Einführung des Zonentarifes wesentlich verändern wird und zwar zugunsten des Staates. Diese Auffassung aber ist zweifellos eine durchaus irrige. Es ist vielmehr damit zu rechnen, daß, sobald der Zonentarif kommt, die überwiegende Mehrzahl der Fahrgäste ihre 10 Pfg. abfahren und dann, wenn nicht zwingende Gründe vorliegen, den Rest zu Fuß gehen wird. Die Rechnung der Verwaltungsbehörde hat also ein gewaltiges Loch.

Wen wird denn nun in der Hauptsache der Zonentarif belasten? Diejenigen Fahrgäste, die infolge des Umstandes, daß ihre Arbeitsstellen recht häufig wechseln und sie aus dem Grunde ihre Wohnungen nicht den Arbeitsstätten anpassen können; sie sind gezwungen, von dem einen Ende der Stadt zum anderen zu fahren. Bisher kostete ihnen eine solche Fahrt 10 Pfg., nach dem Zonentarif aber erhöht sich der Preis um 5 Pfg., soweit die Linien Schwartauer Allee, Fackenburg Allee—Krankenhaus und Koekstraße in Frage kommen. Der Zonentarif trifft also die Arbeiterklasse in allererster Linie. Und so etwas nennt man „Reform“.

Nun mag eingewendet werden, daß den Arbeitern ja die Möglichkeit gegeben ist, sich Arbeiterfahrkarten zum Preise von 1,20 Mk. pro Woche zu lösen. Die Sache hat aber einen Haken. Zunächst soll die Verabfolgung dieser Karten nur an diejenigen Arbeiter erfolgen, die nicht mehr als 1200 Mk. verdienen. Mit Recht wandte sich unser Fraktionsredner, Genosse Stelling, entschieden gegen diese Bestimmung. Er forderte, daß Arbeiterfahrkarten an alle Arbeiter ohne Rücksicht auf ihren Lohn gegen eine Bezeichnung des Arbeitgebers verabfolgt werden sollen. Inwiefern dieser Forderung von Seiten der Straßenbahnbehörde, die ja hierüber das Bestimmungsrecht hat, entsprochen wird, bleibt abzuwarten. Weiter aber ist hierbei zu bedenken, daß das System der für die Arbeiter hauptsächlich in Betracht kommenden Frühwagen heute völlig unzureichend durchgeführt ist. Es müssen auf allen in Frage kommenden Strecken während des ganzen Jahres derartige Frühwagen eingelegt werden, wenn die Arbeiter überhaupt von den Arbeiterfahrkarten Nutzen haben sollen.

Alle diese unersetzten vorgebrachten Gründe — denen sich noch Wünsche auf Einführung von Monatskarten, auf Errichtung von Hallen an den Endstationen für das Personal beigesellen — waren zwingend genug, um eine Kommissionsberatung zu rechtfertigen. Diese wurde jedoch, wie schon gestern erwähnt, abgelehnt. Dasselbe Schicksal widerfuhr dem sozialdemokratischen Antrag auf Einführung eines Einheitstarifes von 10 Pfg. Außer unseren Genossen stimmten nur die früheren Freisinnigen und zwei oder drei andere Herren für denselben. Die sog. Liberalen Dühringscher Kuleur halfen mit an der Verteuerung des Fahrpreises. Es ist gut, wenn die Bevölkerung Lübecks sich das merkt!

Aus Anlaß der Straßenbahnbedatte aber wurde noch eine andere wichtige Frage zur Erörterung gebracht. Es handelte sich um die Frage der Aufhebung des Koalitionsrechts für die Straßenbahner. Dieses jedem Menschen zustehende Recht ist den Lübecker Straßenbahnern von der Straßenbahn-Behörde geraubt worden. Letztere hat unter teilweiser Androhung sofortiger Entlassung resp. Kündigung die Straßenbahner veranlaßt, einen Vertrag zu unterzeichnen, in welchem das Verbot der Zugehörigkeit zu irgendeinem Handels-, Transport- oder sonstigen Arbeiter-Verband enthalten ist. Sie hat auch drei Leute, die von ihren Kollegen mit der Vertretung ihrer Interessen beauftragt worden sind, sofort entlassen, allerdings bei einem Führer, nachdem er den ominösen Vertrag anerkannt hatte, die Entlassung wieder zurückgenommen. Ein anderer Arbeiter hat nach Verlauf mehrerer Wochen den Bescheid erhalten, daß er jederzeit wieder in den Betrieb eintreten könne. Genosse Stelling geißelte dieses Vorgehen auf das schärfste und bezeichnete das Vorgehen als einen Verstoß gegen die guten Sitten, resp. als ungesetzlich. Er betonte, daß man durch die Drohung mit der Hungerpeitsche die Unterschriften erpreßt habe. Daß diese Anführung mit einem Ordnungsruf beehrt wurde, braucht nicht besonders erwähnt zu werden.

Vom Senatstische versuchte der Vorsitzende der Straßenbahnbehörde, Senator Strack, diese Ausführungen zu widerlegen. Das ist ihm nicht gelungen. Die Tatsachen konnte er nicht abstreiten; er suchte das Vorgehen der Behörde nur damit zu motivieren, daß er erklärte, die Behörde müsse alles tun, um das zu inhibieren, was Streikgelüste hervorrufen könne. Zu Unrecht bestritt er nach echter scharfmacherischer Manier den Straßenbahnern das Recht der Organisation. Er behauptete, daß diese ihm ihren Dank abgestattet hätten, daß sie nunmehr vom Terrorismus befreit seien. Welche ein Terrorismus er dabei im Auge hatte, sagte er nicht. Bemerkenswert und allen Straßenbahnern und Arbeitern zur eingehenden Beachtung empfohlen sei die Bemerkung des Senators Strack, daß ein Vorarbeiter, weil er sich nach der — durchaus irrigen — Meinung der Behörde ungebührlich benommen hätte, „an die Luft gefeßt worden sei“. So spricht der Leiter eines größeren Gemeindebetriebes!!! Und zu einem solchen Herrn sollen die Straßenbahner Vertrauen haben!

Bei dieser Gelegenheit wollen wir Herrn Senator Strack, der sich ja so gerne auf andere Städte als Beispiele beruft, auch ein Beispiel vor Augen führen, das so recht seine sozialpolitische Rückständigkeit zeigt. Er stellte sich in einer Unterredung mit dem Schreiber dieses und auch in der Bürgerchaft auf den Standpunkt, daß die Behörde mit den Verbänden nichts zu tun haben wolle. In Wülhausen i. Est. äußerte sich aus Anlaß eines Straßenbahnerstreiks nach Beendigung desselben der dortige Bürgermeister Klug folgendermaßen:

„Meine Herren, aus dieser Bewegung habe ich wieder mal gesehen, wie unklug die Herren, Arbeitgeber handeln, wenn sie nicht mit den Organisationsvertretern verhandeln wollen. Sollten einmal die städtischen Arbeiter irgendwelche Wünsche äußern, so lasse ich aus ihren Reihen eine Kommission wählen, welche ich dann zu ihren Organen

Aus Nordrußland.

Die Polizeibehörden des Reichstagswahlkreises Wiesbaden scheinen keine Versammlungen unter freiem Himmel mehr zulassen zu wollen, denn neuerdings ist eine solche in Geisenheim, einem Orte des Rheingaus, und am vergangenen Sonntag auch in Erbenheim bei Wiesbaden verboten worden. Im letzteren Orte sollte am vorigen Sonntag Genosse Reichstagsabgeordneter Lehmann über die Tätigkeit des Reichstages referieren. Ein Gesuch an den Gemeindevorstand um Überlassung eines Gemeindeparkes lehnte dieser ab ohne Angabe von Gründen. Wiederholte Rücksprache mit den beiden Saalbesitzern, deren Lokale von der Arbeiterchaft am stärksten besucht werden, führten zu keinem Ergebnis. Schließlich gelang es, einen Hofraum zu erhalten; die Versammlung wurde aber verboten:

„weil durch die Möglichkeit des Zusammenströmens unbegrenzter Menschenmengen und bei dem zur Verfügung stehenden engen Raum in dem Hofe aus der Versammlung Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu besorgen ist. Der Bürgermeister: Werten.“

Dabei ist die Größe des Hofraumes, welchen der Bürgermeister selbst befristete, 60 Quadratmeter, ein anschließender Garten 50 Quadratmeter, so daß auch für den Besuch von 200 Personen, welchen der Bürgermeister erwartete, reichlich Platz gewesen wäre; in Wirklichkeit konnte nur mit einem Besuch von 50-70 Personen gerechnet werden.

Noch toller aber ist, wie die Polizei am gleichen Tage in Geisenheim, woselbst Genosse Lehmann am Abend sprechen sollte, vorging. Dort erhielt der Wirt folgendes Schriftstück zugesandt:

Die Polizeiverwaltung. Geisenheim, 15. Oktober 1910. J.-Nr. 5072.

Nach einer Bekanntmachung in dem „Geisenheimer Lokalanzeiger“ soll in ihrem Lokale morgen abend eine Versammlung abgehalten werden.

Sie werden darauf aufmerksam gemacht, daß Ihr Lokal als Versammlungsraum nicht zugelassen ist, so daß in demselben eine Versammlung nicht abgehalten werden darf.

(Name unleserlich.)

Herrn Paul Scholl, hier.

Da der Polizei zu einem solchem Verbot kein Recht zusteht, das Lokal — eine große Wirtsstube mit zwei Ausgängen — allen Anforderungen, die auch der penibelste Polizeigeist stellen konnte, entspricht, so ignorierten unsere Genossen das ungesetzliche Verbot. Kaum aber, daß Genosse Lehmann zu sprechen begonnen hatte, stürzten ein Gendarmenwachmeister und zwei Polizisten in das Wirtszimmer und umringten den Redner. Der Wachmeister erklärte: „Sie wissen doch, Herr Abgeordneter, daß die Versammlung verboten ist, und Sie dürfen deshalb hier nicht reden.“ Auf den Einwand Lehmanns und des Vorsitzenden, daß die Polizei nichts zu verbieten habe, erklärte der Wachmeister, diese Stube sei kein Versammlungslokal, er löse daher hiermit die Versammlung auf. Da es unter diesen Umständen unmöglich war, die Versammlung abzuhalten, so blieb nichts anderes übrig, als unter Protest gegen diese Vergewaltigung sich zu fügen. Der weiteren Aufforderung des Wachmeisters an den Wirt, nichts mehr zu verzapfen, wurde natürlich nicht Folge geleistet, denn die Polizei besitzt auch nicht den Schein eines Rechts, einem Wirt abends um 8 Uhr den Ausschank zu verbieten, weil er dulden wollte, daß ein Reichstagsabgeordneter an seine Gäste eine Ansprache halten wollte. Die Polizisten blieben dann im Lokal und stellten sich in Reich und Glied neben dem Schankstod auf; den Ausschank selber wagten sie trotz des Verbots nicht zu hindern. Wie das an den Wirt des Lokals gerichtete Schreiben beweist, scheint die Polizeiverwaltung der Meinung zu sein, daß Versammlungslokale besonders konfessioniert sein müssen.

Von dieser Annahme ausgehend, hat sie, wie es scheint, eine Liste derjenigen Lokale aufgestellt, in denen Versammlungen abgehalten werden können. Da die uns zur Verfüg-

ung stehenden Lokale auf dieser Liste nicht enthalten sind, so sind sie, wie es im Volksdeutsch heißt, „nicht zugelassen“ und man verbietet sie einfach. Ein wirklich probates Mittel, um die Versammlungsfreiheit aufzuheben und den Gesehobenen offen eine Nase zu drehen. Nun, die höchsten Instanzen, die selbstverständlich angerufen werden, können diese offene Gesehobenerlegung unmöglich gutheißen. Im Reichstag wird darüber auch noch ein Wort zu sagen sein.

Eine internationale Streikbrecher-Organisation.

Aus Budapest wird geschrieben: Der im Jahre 1904 in Berlin begründete Mitteleuropäische Wirtschaftsverein veranstaltete vor kurzem hier in Budapest eine Fachkonferenz, auf deren Tagesordnung die „Internationale Organisation des Arbeitsmarktes“ stand. Wesen dieses Kind diese Veranstaltung war, erstet man daraus, daß in der Masse der Vertreter der Unternehmerverbände, Scharfmacherorganisationen und Regierungen die spärlichen sozialpolitisch angehauchten Ideologen wie Fremde von Distinktion umherirrten. Als Deutschlands Vertreter waren der Herzog Ernst Günther von Schleswig-Holstein, Direktionsrat Bued von Zentral-Industrieverband, Baron Busche-Kessel, Direktor der deutschen Landarbeiterzentrale, Dr. Altrock, Sekretär des preussischen Landwirtevereins, und noch andere Arbeiterfreunde erschienen. Der Verein wurde seinerzeit zur Verteidigung der mitteleuropäischen Unternehmerinteressen gegen die englische, und noch mehr gegen die amerikanische Konkurrenz gegründet und die bei der letzten Tagung zur Beratung stehende Frage war, auf welche Weise der amerikanischen Industrie die billigen Arbeitskräfte, die ihr durch die Auswanderung zugeführt werden, abgeschnitten werden könnten. Sämtliche Vertreter stimmten darin überein, daß die Auswanderung nach den Vereinigten Staaten erschwert und den Regierungen das Ergreifen von notwendigen Maßnahmen nahegelegt werden solle. Aber diesen Punkt hinaus war aber keine Einigkeit in den Auffassungen und Wünschen zu erzielen. Die österreichischen und ungarischen Arbeitgeber haben ein Interesse daran, die billigen Arbeitskräfte im Lande zu erhalten. Die Unterbindung der Auswanderung vergrößert die industrielle Reservearmee, bedeutet einen steten Lohndruck und verbürgt auch die genügende Zahl von Streikbrechern. Sie verlangten also Maßnahmen, welche die Auswanderung überhaupt erschweren. Die deutschen Industriellen und Agrarier haben aus denselben Gründen ein entgegengelegtes Interesse, was der Herzog von Schleswig-Holstein auch zugab, indem er erklärte, er würde es sehr bedauern, wenn die Regelung der Auswanderung in dem Sinne bewerkstelligt würde, daß man die Arbeiter auch in dem Falle, wenn sie sich ihnen im Auslande vorteilhaftere Arbeitsbedingungen böten, durchaus in ihrem Vaterlande zurückhalten wollte. Die deutschen Delegierten nahmen hauptsächlich die Auswanderungs-Agenten in Schutz und waren gegen die Maßregelung derselben. Es wurde in diesem Punkte auch keine Verständigung erzielt und man kam nur darin überein, daß man für die Auswanderer sanitäre Vorkehrungen, Impfwang und dergleichen mehr verlangte. Dagegen beschloß man, eine Aktion für die Neuregelung der Arbeitsvermittlung einzuleiten auf Grund des folgenden Beschlusses:

„Es empfiehlt sich, in jedem der mitteleuropäischen Staaten eine Zentralstelle zu errichten. Dieser Zentralstelle obliegt es, sich einen Überblick über die tatsächliche Lage des Arbeitsmarktes in jedem Lande zu verschaffen, sich mit den ähnlichen Zentralstellen der anderen mitteleuropäischen Staaten in Verbindung zu setzen und einen Austausch der Berichte über die jeweilige Lage des Arbeitsmarktes herbeizuführen.“

Zieht man die soziale und wirtschaftliche Stellung der Konferenzteilnehmer in Betracht, so ist es nicht zweifellos,

daß da der Grund zu einer staatlichen internationalen Streikbrecher-Organisation gelegt wurde, vor der die Arbeiterklasse aller betreffenden Länder nicht früh genug gewarnt werden kann.

Ein polnischer Delegierter, Dr. Caro aus Krakau, brachte die schändliche Behandlung polnischer Landarbeiter in Deutschland zur Sprache. Er erklärte, daß die Einführung der verschiedenartigen Legitimationskarten eine politische und jedenfalls eine im Interesse des Staates und der deutschen Arbeitgeber getroffene Maßregel sei, trotzdem werden die Legitimationsgebühren von den Arbeitern bezahlt. Die Verweisung auf den Rechtsweg bei der Unkenntnis der Sprache, der Entbüßung von Mitteln für Kost und Wohnung in dem Augenblicke der angebotenen Vertragslösung, komme in vielen Fällen einer Rechtslosigkeit der Leute gleich. Er verwies auf die Ausnahmestimmungen, auf Grund welcher der ausländische Arbeiter in Deutschland im Falle eines Unfalles mit einer dreijährigen Rente abgespeist wird, während im Falle eines Todesfalles die Witwen und Waisen des Berufungsfalles ihrer Rechte ganz verlustig erklärt werden. Der von diesem und auch von anderen Delegierten geäußerte Wunsch, daß man es den mitteleuropäischen Staaten nahelegt, in bezug auf die soziale Versicherung eine gleichmäßige Behandlung der ausländischen Arbeiter einzuführen, fand bei den Teilnehmern aus Deutschland keine Gegenliebe.

Die praktische Ausbeute dieser Tagung war nach alledem nicht bedeutend. Sie ist aber doch als ein Symptom der wirtschaftlichen Kämpfe und des Bestrebens des internationalen Zusammenschlusses der Ausbeuter bemerkenswert.

Aus der Partei.

Eine Reuter-Gedenkschrift bereitet der Parteiverlag Buchhandlung „Vorwärts“ zur 100. Wiederkehr von Reuters Geburtstag am 7. November vor. Die Festschrift wird gut ausgestattet sein und neben zahlreichen guten Illustrationen interessante Abhandlungen über Reuter bringen. Der Preis wird 20 Pf. betragen. Bestellungen nehmen schon jetzt alle Parteibuchhandlungen entgegen. Wir wollen nicht verfehlen, bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam zu machen, daß der Arbeiter-Bildungsverein zu Lübeck in seiner am kommenden Freitag stattfindenden Versammlung durch einen Vortrag und Rezitationen Reuters Kundenden ehren wird!

Sozialdemokratischer Gemeindevorsteher in Hohenbuck i. B. Bei der Bürgerauswahl in Hohenbuck für die dritte Wählerklasse siegte die sozialdemokratische Liste mit 140 Stimmen. Die gegnerische Liste vereinigte 85 Stimmen auf sich. In der zweiten und in der ersten Wählerklasse ist die Sozialdemokratie unterlegen.

Reichstagskandidatur. In einer am Sonntag, dem 23. Oktober, in Meißner tagenden Kreisversammlung für den 7. sächsischen Reichstagswahlkreis (Meißner-Großenhain) wurde Genosse Richard Schmidt, Redakteur der „Meißner Volkszeitung“, mit großer Mehrheit als Kandidat aufgestellt.

Der Sieg in Offenbach. Die am Montag vollzogenen Stadtverordnetenwahlen in Offenbach endeten, wie schon kurz berichtet, mit einem glänzenden Sieg der fortschrittlich-sozialdemokratischen über die liberal-konservative Liste. Gewählt wurden 14 Sozialdemokraten und 2 Freisinnige. Die Wahlbeteiligung betrug über 90 Prozent. Dazu kommt noch, daß 7 bis 8 Proz. der Wahlberechtigten wegen Steuerrückstände ihr Wahlrecht nicht ausüben konnten. Es wurde von beiden Seiten fast der letzte Mann an die Wahlurne gebracht. Die Gegner krönten nach in letzter Stunde ihren Verleumdungsfeldzug durch ein Flugblatt, das von Schmähungen frohste. Die Mehrheit der Wähler aber schüttelte die schwarzblaue Koalition gründlich ab.

Regine.

Eine Erzählung aus dem Ries von Melchior Meyr.

11. Fortsetzung.

Regine brach es auf und las. Noch war sie nicht in die Mitte der ersten Seite gekommen, als das Rosenrot ihres Antlitzes plötzlich dunkler wurde und ihre Wangen erglühten. Ohne den Brief zu Ende zu lesen, steckte sie ihn ein und rief: „Schicken Sie mir gleich den Lehrbuben zu dem Mann und sagen Sie ihm, daß er zu Hause bleiben soll!“ — „Wie!“ rief die Frau, die vor Überraschung und Schreck ordentlich erbläute, „bist du von Sinnen?“ — „Es wäre kein Wunder, entgegnete das Mädchen mit einem Ausdruck der Bekränktheit und des Vorwurfs. Eine solche Sache macht man hinter meinem Rücken ab und will mich mit Gewalt dazu bringen? Aber da kennt man mich nicht, wenn man glaubt, ich lasse mich zu so etwas nötigen.“

Die Waise schaute sie erstaunt an. Obwohl sie in ihr schon öfter den Geist des Vaters erkannt hatte, auf eine solche Entgegnung war sie doch nicht gefaßt. Sie gab ihrem Gesicht den strengsten Ausdruck, hielt aber noch an sich und sagte: „Was hält du an dem Mann auszusprechen?“ — „Alles!“ rief das Mädchen. „Er ist mir zuwider gewesen von jeher, erst wegen seiner Zudringlichkeit und dann wegen seiner einseitigen Bornehmtheit. Ich erschrecke ordentlich bei dem Gedanken, ihn zum Mann zu haben. Wenn ich seine Frau sein müßte, ich sag es Ihnen, augenblicklich lief ich fort und sprang in den See!“

„Du bist toll und redest gottvergessen!“ entgegnete die Waise. „Ein Mann im besten Alter, gesund, kräftig, stattlich, ein Mann, der noch ganz andere Mädchen haben könnte, wie du bist.“ — „Er soll sich eine nehmen davon!“ rief jene dazwischen. — „Ein Mann,“ fuhr die Waise nachdrücklicher fort, „der wegen seines Vermögens und wegen seiner Geschicklichkeit in der größten Achtung steht, die angesehene Freundschaft hat, und der dich zur Frau begehrt, weil er eben in dich vernarrt ist; ein Mann, der dich auf den Händen tragen wird und bei dem du ein Leben führen wirst wie im Himmel. — Ist's denn möglich, so einen Mann zu verschmähen, weil er nicht mehr zwanzig Jahre alt ist? Ist's möglich, die Gelegenheit zu versäumen, eine der ersten Bürgerfrauen hier zu werden, aus bloßer dumme- rerei?“ — „Nicht aus Eierei,“ entgegnete Regine mit nachdrücklichem Ernst, „sondern weil ich den Mann nicht leiden kann.“

„Du wirst ihn leiden können,“ rief die Bäckerin eifrig. „Ich steh' dir gut dafür! Du hast die falsche Meinung junger Mädchen, die nicht wissen, was der Ehestand ist. Probier's nur erst, und wir wollen sehen, was du nach einem Vierteljahr sagst! So einen Mann kann man nicht anders als gern haben, weil er ein rechter Mann ist und ein ganzer Mann und nicht so einer, wie sie jetzt herumlaufen; einer vom alten Schlag, der nach dreißig Jahren noch gerade so aussehen wird wie jetzt. Und wie ist er verliebt in dich! wie ein Ahtzehnjähriger! Er denkt nur an dich, er sehnt sich über die Wägen, dich als seine Frau bei sich zu haben!“ — „O,“ rief das Mädchen, vor dem bloßen Gedanken sich wehrend, „er wird mich nie bei sich haben!“ — „Er wird dich haben, du dummes Ding,“ rief die Waise mit Festigkeit, „und du wirst Gott danken, daß er dich hat! Er ist ein Mann, ein Mädchen glücklich zu machen, ein Ehrenmann, ein Kernmann, ein Mann, wie du keinen mehr finden wirst in der ganzen Welt!“

Die Frau wäre im Zuge gewesen, noch eine Weile so fortzufahren; aber die Gebuld Regines hatte ein Ende. „Waise,“ rief sie, „Ihr Reden ist umsonst! Ich tu's nicht, um die ganze Welt nicht! — Und das ist mein letztes Wort!“ Dies ward mit einer Kraft aus dem Innersten gesprochen, daß die Bäckerin verstummte. Sie betrachtete das Mädchen, das hocherregt dastand, forschend, kopfschüttelnd und sagte dann: „Es ist ja gerade, als ob ein böser Geist in dich gefahren wäre. Einen solchen Antrag auszuschlagen! Ein solches Glück hochmütig wegstoßen und der Mutter ungeschonk sein und ihren Wunsch verachten! — Was wird die dazu sagen, wenn sie erfährt?“

Regine schwieg. Aus ihrer Miene wich der Ausdruck der Entrüstung und machte dem des Bedauerns Platz. Dann sagte sie mit dem Ton der Ergebung, aber zugleich der Hoffnung: „Meine Mutter ist eine gute Mutter und eine verständige Frau. Wenn ich ihr alles sage, wie mir's ums Herz ist und warum ich nicht kann, dann wird sie mir verzeihen.“ — „Du irrst dich!“ verlegte die Frau streng. „Ich weiß, was deiner Mutter daran liegt, ich weiß auch, wie sie sich schon darüber gefreut hat. Sie wird dir's nie vergeben, so lang sie lebt.“ — Energetische Tritte auf der Straße voranlachten sie, durchs Fenster zu sehen.

„Gott im Himmel!“ schrie sie auf, „da kommt er schon! Er hat's nicht erwarten können! Mädchen!“ rief sie zu Regine gewandt in lebendem Ton, „um Gottes willen, besinne dich, sag Ja! Ich steh' ja in der Schande da vor diesem Mann! Sag nur nicht Nein! Sag, du willst's überlegen!“ — „Nein, Frau Waise,“ verlegte Regine, „das wär' unrecht von mir. Da es fest beschlossen ist, daß ich unter keinen Umständen meine Frau werde, so muß ich seinen Antrag auch gleich ausschlagen, und ein für allemal. Sagen Sie's ihm — gehen Sie's ihm so süß ein, wie Sie können.“

Sie öffnete die Tür und ging durch die große Stube rasch in die Küche. „Unverschämter Bauernstolz!“ rief das im Zorn ihre eigene Herkunft vergessende Weib, indem sie bis in die Stube nachging. „Das hat man davon, wenn man sich solcher Leute annimmt und was aus ihnen machen will! Aber nun ist's aus mit uns zweien! Fort soll sie mir! — fort zu ihren Bauern!“

Die Tür ging auf, und herein trat der Bräuer im schönsten Staat. Dunkel waren die Stoffe, wie sich geziemt; aber ordentlich Strahlen gingen aus von dem neuen Zucker, von der geblühten Atlasweste und von dem Hut, der soeben aus dem Laden des Verfertigers gekommen war. Das Gesicht des Ehrenmannes verriet eine gewisse Befangenheit, die indes bezwingen und niedergedrückt werden von dem Bewußtsein dessen, was seinen Antrag unwiderstehlich machte; und über die Reste der Sorge triumphierend schritt er mit dem Grub des Tages zur Frau des Hauses. Diese dankte in einem Ton, der jedem andern aufgefallen wäre; aber der Liebhaber, dem heute ein besonderes Licht haben auf andere nicht zuzumuten war, fragte mit ungehörter Zuversicht: „Haben Sie mit der Regine gesprochen, Frau Waise?“

Die Frau sah ihn an, und halb noch errötend über die Widerpenntigkeit, halb mitteilend sagte sie: „Ach Herr Vetter, das Mädchen ist Sie nicht wert! Sie können ganz andere haben!“ — Der Bräuer, diese Worte falsch deutend, erwiderte mit Ernst: „Nun, Frau Waise, in dieser Sache kommts, wie ich glaube, nur auf meine Ansicht an.“ — „Das eben nicht,“ entgegnete die Frau, „sondern hauptsächlich auf die Ansicht des Mädchens, und die ist verückt!“ — „Wie!“ rief der Bräuer, indem er sie mit vergrößerten Augen ansah. — „Nun,“ verlegte die Bäckerin, in welcher der Unmut wieder die Oberhand gewann, „heraus muß es einmal! Denken Sie sich — sie will nicht, die

Gewerkschaftsbewegung.

Zum Streik der Knopfmacher in Frankenhäuser am Kyffhäuser, der nun schon acht Wochen währt, ist zu berichten, daß in zwei Betrieben durch das Entgegenkommen der Unternehmer die Arbeit wieder aufgenommen werden konnte. In den anderen Betrieben wird weiter gestreikt. — Von den Knopfmachern wurde eine Genossenschaft gegründet, in der ein Teil der Ausständigen Beschäftigung fand.

Zur Tabakarbeiterausperrung am Niederrhein. Der Streik bei der Zigarrenfabrik von Mertens in Cleve (Nied.) hat nun auch auf die Filiale der Firma in Nussloch bei Heidelberg übergriffen. Die dort beschäftigten Arbeiter machten mit ihren Kameraden in Cleve, Goch und Neulerk gemeinsame Sache und traten wie diese in den Ausstand. Einer Aufforderung des Unternehmerverbandes folgend, haben nun sämtliche Nusslocher Unternehmer die Ausperrung durchgeführt. Während aber die Ausperrung am Niederrhein zunächst alle organisierten Arbeiter trifft, ist in Nussloch die Kündigung nach dem Alphabet erfolgt. Bis jetzt ist ein Drittel der Beschäftigten ausgespart.

Siegreicher Streik in einem Anwaltsbureau. Auch die Proletariat der Feder beginnen allmählich zu erwachen. Die Angestellten eines größeren Anwaltsbureaus in Mülheim a. Ruhr traten vor einigen Tagen in den Ausstand, weil der betreffende Rechtsanwalt ihnen eine längere Arbeitszeit aufzwingen wollte, als sie in den übrigen Bureaus üblich ist. Die von dem Verbands der Bureauangestellten, Sitz Berlin, sofort angebahnten Verhandlungen führten zur Anerkennung der Forderung und Wiedereinstellung der Ausständigen.

Scharfmacher-Tollheiten. In der gegenwärtigen Pehe gegen die Gewerkschaften und die organisierten Arbeiter ist den Scharfmachern und ihrer Presse jedes Mittel recht. Der wichtigste lokale Streikgegner, der sonst keinerlei Aufsehen erregen würde, muß zur Begründung eines Arbeitswilligen-gelages herhalten. Dazu kommen die albernsten Kombinationen und infam verpackte Angriffe gegen die organisierten Arbeiter, die als Beispiel für den von ihnen geübten Terrorismus dienen müssen. Den Vogel abgeschossen hat darin die „Deutsche Zimmermeister-Zeitung“. Der Zimmermeister Hamm in W o r m s wurde von einem Brandunglück heimgeführt. Die „Deutsche Zimmermeister-Zeitung“ gibt ihren Lesern davon, wie folgt Kenntnis:

Zur Zeit des Brandunglücks tobte in Worms zwischen den Arbeitern und Arbeitgebern im Zimmergewerbe ein schwerer Kampf, denn nach Aufhebung der Sperre am 16. Juni d. J. hatten die Wormser Zimmergesellen, trotz des Schiedspruches, die Arbeit nicht aufgenommen. Hamm stand als Vorsitzender im Vordertreffen des Kampfes, der immer schärfere Dimensionen angenommen haben soll.

Was soll diese Verquickung des Arbeitskampfes mit dem Brandunglück? Die zarte Anspielung auf die Arbeiter als Brandstifter ist so infam, daß auch nur der Versuch einer Verteidigung der beschimpften Arbeiter eine Anklage gegen sie bedeuten würde. Selbst ein übergezeichnetes Scharfmacherthum sollte sich doch von solchen Tollhausgeschichten fernhalten. Zur Respektierung beider Parteien und Organisationen, die im wirtschaftlichen Kampfe sich doch oft wieder einigend finden müssen, trägt das auch sicher nicht bei.

Katholische Arbeiter und die Gelben. Am Sonntag fand in D o n a u w ö r t h der Delegiertentag der katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine der Diözese Augsburg statt, in der auch die Stellung der katholischen Arbeitervereine zu den gelben Organisationen zur Sprache kam. Diese Stellung präzisierende der Diözesanpräses Benefiziat S i n d e r m e y e r wie folgt:

Die sogenannten „Gelben Vereine“ müssen prinzipiell auf's Schärfste abgelehnt werden. Die Taktik muß sich nach den örtlichen Verhältnissen richten und muß bei jüngeren und neu aufzunehmenden unverheirateten Mitgliedern eine andere sein als bei Familienvätern.

Dieser originelle Giertanz wird erklärt, wenn man weiß, daß die katholischen Arbeitervereine in Augsburg das Hauptkontingent der Mitglieder in den gelben Werkvereinen stellen. Deshalb so vorsichtig!

M-Glabbacher Erziehung. Die christliche Gewerkschaftspresse zeigt einmal an der demagogischen Ausschlagung einer Bagatelldinge gegen uns ihre christliche Erziehung. Vor kurzem erhielt der Geschäftsführer der Konsumgenossenschaft „Hoffnung“ in Köln ein Strafmandat in Höhe von 10 Mk., weil im Bäckereibetriebe der „Hoffnung“ die Sonntagsruhebestimmungen des Kölner Regierungspräsidenten nicht eingehalten wurden. Tatsächlich hat die Verwaltung der „Hoffnung“, wie alle übrigen Brotfabrikanen von Köln und Umgebung, bisher auf dem Standpunkt ge-

blieben: „Kieser Hans!“ — „Sie will nicht?“ wiederholte der Mann. „Und warum nicht?“ — „Weil sie eine hochmütige Ränin ist“, entgegnete die Frau, in ihrer Entrüstung alle Höflichkeit verachsend und mit der Wahrheit herausplägend; „weil Sie ihr nicht jung und schön genug sind!“ — weil sie einen Mann von Ihrem Alter und Ihrer Statur nicht gern haben kann!“

Nach dieser rückhaltlosen Grönmung zeigte das Gesicht des Freiers eine seltsame Reihe von Empfindungen. Zuerst überkam ihn eine Bestürzung und eine Scham, daß das Blut aus den Wangen zurücktrat und eine bläuliche Blässe darauf lagerte, wie man sie an dem gesunden Mann bisher nie erblickt hatte. Als bald aber regte sich das Selbstbewußtsein, und das Gefühl der erlittenen Beschimpfung erzeugte eine Geträubung, die wuchs und wuchs und an Schwere zur Wut und zur tiefen Verachtung derjenigen, die so über ihn zu urteilen sich erdreistet hatte. „Was!“ rief er, nachdem die Blässe seines Gesichtes danktem Rot Blöge gemacht hatte, dieses Rieser Bauerndäwchen hat die Unverschämtheit! — Eine Magd, die ich zur angesehensten Frau machen wollte, schlägt mich aus? Einem Bettelmädchen bin ich nicht gut genug?“

Der Mann hatte den Hut abgelegt und ging schaukelnd in der Stube auf und ab. „So geht es“, rief er mit gesteigertem Grimm, „wenn man sich mit solchem Volk einläßt! Hoffärtig werden sie, wenn man sich zu ihnen heruntersieht, und lassen sich vor Einbildung selber nicht mehr. Sollte dieses Hühnergeiß nicht Gott danken, daß sie ihr bißchen Schönheit so gut anbringen kann? Und sie verschmäht mich — mich, weil ich — nun, der wird's sehen, wie sie's verdient! Wie gestandener Mann ist ihr zu alt und nicht schön genug? Sie wird Schöne und Junge haben können, die da; und das Ende vom Lied wird sein, daß sie mit Schand und Spott hinterm Baum verhungert!“

Diese Reden der Wut und der Erbitterung waren so rückhaltlos ausgesprochen, daß Regine in der Küche jede Stille verlor. Iperkrisis entrastet hatte sie die Kante gefaßt und die Tür geöffnet, als der Bräuer eben die letzte Phrase vollendet. Mit der Überlegenheit des guten Gewissens die Bäckerin betrachtend, in ruhiger, aber allerdings tiefer Beredsamkeit sagte sie: „Nun Waise, hab ich nicht recht gehabt, diesen Mann anzupöbeln?“

(Fortsetzung folgt.)

standen, daß für Bäckereigrößbetriebe nicht die Verordnung des Kölner Regierungspräsidenten, sondern eine Verfügung des preußischen Handelsministers aus dem Jahre 1895, die für Bäckereien lediglich eine 14stündige Sonntagsruhe bestimmt. Geltung hat, da in diesen Brotfabriken sowie nur an 6 Tagen der Woche gearbeitet wird, und die Ruhezeit für die Bäcker in die Zeit vom Sonnabend auf Sonntag fällt. Wollte 15 Jahre hat diese Ansicht auch gegolten, ja selbst die aufschichtführenden Behörden scheinen derselben Meinung gewesen zu sein, da in der ganzen Zeit in gleicher Weise in den Brotfabriken gearbeitet wurde. Als nun die Konsumbäckerei ihren Betrieb eröffnete und ihre Arbeit in gleicher Art wie die übrigen Brotfabriken einstellte, hatten die Mittelständler nichts Günstigeres zu tun, als die Behörde darauf aufmerksam zu machen. Alles das und noch mehr verschweigt nun die christliche Presse. Zunächst ist festzustellen, daß nicht die „Hoffnung“ allein, sondern sämtliche Kölner Brotfabrikanen wegen des fraglichen Delikts Strafmandate erhielten. Weiter unterschlägt die christliche Presse, daß auch die christliche Konsumgenossenschaft „Eintracht“ an Sonntagen nachmittags die Arbeit beginnen ließ und daß auch die christliche „Eintracht“ deswegen ein Strafmandat erhielt. Selbstverständlich ist nach alledem, daß von den „christlichen“ Blättern ferner die Tatsache verschwiegen wird, daß in der Bäckerei der Konsumgenossenschaft „Hoffnung“ die achtstündige Arbeitszeit und ein wöchentliches Ruhetag von 86 Stunden für die Bäckerei eingeführt ist, denn sonst ließe sich ja kein Fall „Sozialdemokrat als Arbeitgeber“ für sie konstruieren. Die Reichsverbandspresse hat den „Fall“ nicht behandelt. Die christliche Presse steht somit noch unter dieser.

Radbodprozeß.

(Verhandlung vom Mittwoch.)

Zuerst wurde der Direktor des Allgemeinen Knappschafvereins, Köhnen, vernommen. Herr Köhnen sagt aus, er habe sich nicht legitimiert erachtet, Vertreter der Arbeiter zu den Vergütungsarbeiten nach Radbod senden zu sollen. Er habe nur geglaubt, Vorschläge machen zu sollen. Der Knappschafälteste Köhler sei irtümlich hingefahren.

Bei der Besprechung dieser Frage kam es zu einem Zusammenstoß zwischen dem Verteidiger Peine und dem Vorliegenden. Rechtsanwalt Peine meint, daß Direktor Köhnen mit der Wahrheit zurückhalte, er müsse die Glaubwürdigkeit des Zeugen Köhnen anzweifeln. Peine konstatiert weiter, daß eine andere Auffassung bei dem Vorstand des Knappschafvereins erst dann eingetreten sei, als Generaldirektor Hansen von der Zeche Radbod sich über die Entsendung des Arbeitervertreters in hoflicher Form beschwerte. Im Anschluß daran beantragt Rechtsanwalt Peine, den Sanitätsrat Lindemann, Oberarzt des Allgemeinen Knappschafvereins, zu hören. Peine begründet seinen Antrag; er habe gesagt, daß die Verwaltung vor den Vertretern der Unternehmer ins Mauseloch getrieben sei. Das sei ihm verübelt worden. Er habe nun gehört, daß Sanitätsrat Lindemann ein Gutachten über die Wurmkrankheit auf Veranlassung des Direktors Köhne in einer den Tatsachen nicht entsprechenden Weise im Interesse des Betriebsunternehmers abgegeben habe. Diese Frage stelle er zur Prüfung der Glaubwürdigkeit des Direktors Köhne, unter dem Hinzufügen, daß Direktor Köhne im Vorstand des Allgemeinen Knappschafvereins eine Besprechung dieser Frage hintertrieben habe.

Nach langer Beratung lehnte das Gericht Zulassung der von Peine gestellten Fragen als nicht zur Sache gehörig ab. Die Vermittlung wurde dann noch mit einer Reihe Einzelheiten ausgefüllt.

Zu der Nachmittagsung kamen die Gutachter zum Wort. Sachverständiger Werner erklärte, daß jeder Kohlenstaub explosiv sei. Die Verinselungsanlagen hätten den Anforderungen in keiner Weise genügt. Der Sachverständige glaubt, daß eine Schlagwetter-Explosion verbunden mit einer Kohlenstaubexplosion vorgelegen habe, die durch die geringe Ausdehnung des Grubenbaues und andererseits durch die Hitze, die große Dimensionen angenommen hatte, entstanden sei. Gegen die Schließung des Schachtes lasse sich unter obwaltenden Umständen nichts einwenden, da sonst zweifellos auch die Rettungsmannschaften verloren gewesen wären. Das wichtigste beim Bedingemachen ist die vorherige Verhandlung und schriftliche Vereinbarung, und nicht, wie das auf Radbod üblich war, daß das Bedingemachen diktiert wurde und wenn die Leute nichts verdienen konnten, ihnen eventuell etwas zugelegt wurde, wodurch die Leute auf Gnade oder Ungnade der Steiger angewiesen waren. Sachverständiger Mantei hält nicht für wahrscheinlich, daß noch Lebende in der Grube gewesen, als der Schacht geschlossen wurde. Die Bewetterung ist wohl quantitativ ausreichend gewesen, nicht aber hinsichtlich der Verteilung der Wetter vor die einzelnen Betriebspunkte. Sonst wäre die Anflammerung von Schlagwettern unmöglich gewesen. — Die Ausführungen des Sachverständigen dauern fort.

Aus dem Gerichtssaal.

Rowdies im Soldatenrock. In Lindenhofst war am 1. September Einquartierung von Mannen. Nachts drang eine Patrouille unter Führung des Sergeanten Müller in die Lokale Frank und Denner ein, wo es zu schweren Ausschreitungen kam. Gäste wurden mißhandelt und beleidigt, der Steiger Frede wurde sogar mit einem Seitengewehr zu Boden geschlagen, und als er am Boden lag, wurde ihm durch einen Fußtritt das Nasenbein zertrümmert. Auch war dem Steiger das Wortmonnaie mit 60 Mk. Inhalt aus der Tasche genommen worden. Andere Gäste wurden vor die Brust gelassen und angeknarrt, die Schnauze zu halten. Das Kriegsgericht in Düsseldorf verurteilte den Sergeanten Müller zu zwei Monaten Gefängnis, drei Mannen erhielten vier und zwei Wochen Gefängnis und 14 Tage Mittelarrest.

Der Spreßerprozeß gegen die „Wahrheit“. Am dritten Verhandlungstag war der Sachverständige P i m a n wiederum eifrig bemüht, seinen Genossenschaftsgenossen B r u h n möglichst weiß zu waschen. Er betonte, daß die in der „Wahrheit“ vertretene Politik ernsthaft und national gerichtet gewesen ist. Allerdings könne man nicht bestreiten, daß auf der anderen Seite das Einbringen in den Sumpf der Lebewelt nicht gerade angenehm berühren konnte. Der Sachverständige kam allerdings zu dem Schluß, daß die „Wahrheit“ ein Sensationsblatt sei. Der als Zeuge vernommene Parlamentsjournalist B e r o w i t z erklärte, daß man Bruhn und sein Blatt in Berufstreuen abgelehnt habe. Ein anderer Journalist, D ö r t i n g, sagt demgegenüber, daß die „Wahrheit“, für die er selber seitwärts schreibe, ein regierungsfreundliches Blatt sei, das ein bemerkenswertes Gegengewicht gegen die demokratische und sozialdemokratische Lasterpresse bilde. Von dem Rechtsanwalt Dr. M a z h a n, der an der Staatsbürger-Tag „finanzell beteiligt“ ist, wird Bruhn als brutal und egoistisch geschildert.

Eisenbahn von Ordnungswächtern. Der Leinwandfabrikant Meyer von A l s f e l d hatte einen Eisenbahnunfall erlitten; vom Eisenbahnministerium verlangte er 200 000 Mk. als

Entschädigung, später begnügte er sich mit 85 000 Mk. Auf seine Schädigung nachweisen zu können, hatte Meyer auch seine Einkommensverhältnisse angegeben; bei der Prüfung zeigte es sich, daß die Steuerdeklaration damit nicht übereinstimmte. Nunmehr wurde gegen ihn Anklage wegen Steuerdefraudation erhoben. Jahrelang hat Meyer zu wenig oder auch gar kein Einkommen deklariert; die hinterzogene Steuersumme wird mit 10 000 Mk. beziffert. Der Staatsanwalt beantragte vor der Gleisener Strafkammer, den Meyer in 26 407 Mk. Strafe zu nehmen! Das Urteil lautete auf 11 829,20 Mk. Geldstrafe. Wie viele solche Mogleler laufen herum und sind große Staatsstücken vor dem Herrn. — Über Steuerhinterziehungen in O r t z wird noch berichtet: In O r e i z starb im Jahre 1907 der Kaufmann Viktor Strauß und hinterließ 1 291 000 Mk. Als die Erbschaft zur Verteilung gelangte, wurde die Steuerbehörde auf die Millionenhinterlassenschaft aufmerksam und stellte in den Steuerregistern Erhebungen an. Dabei stellte sich heraus, daß St. dem Staat 19588 Mk. an Steuern hinterzogen hatte. Als er bereits 46 000 Mk. jährliches Einkommen hatte, schätzte er sich mit 4000, 5000, 6000 Mk. usw. ein. Die Folge dieser Steuerhinterziehungen war, daß der Staat von den Erben den vierfachen Betrag der hinterzogenen Summe, also circa 80 000 Mk., verlangte. Während zwei Erben widerspruchslos bezahlten, weigerten sich sieben andere Erben, darunter ein Landgerichtsrat, ein Landrichter und ein Oberbürgermeister. Die weitere Folge dieser Weigerung war ein Strafbescheid des Gleisler Landratsamtes, das nun die Strafe auf den achtfachen Betrag erhöhte. Es kam nun zum gerichtlichen Austrag. Die Strafkammer zu O r e i z stellte die hinterzogene Summe fest auf 20 048 Mk., nahm entgegen der Staatsanwaltschaft an, daß eine fortgesetzte Handlung vorliege, und erkannte auf die achtfache Höhe dieser Summe, also auf 165 184 Mk., die auf fünf Erbteile zu verteilen gewesen waren. Den zwei Erben aber, die freiwillig die zuerst festgesetzte vierfache Strafe bezahlt hatten, wurde die Strafe erlassen. — Welt: Summe würde den Staats- und Gemeindefassen aufwiegen, wenn alle Steuerhinterzieher zu den allgemeinen Lasten herangezogen werden könnten! Dem größten Teil der reichen Steuerbetrüger gelingt es ja immer, ihre Hinterziehungen dauernd vor den Blicken der Steuerbehörden zu verbergen.

Aus Nah und Fern.

Das Ende vom Liede. Aus Furcht vor einem gerichtlichen Strafverfahren, das ihn wegen einer Revolver-schießerei drohte, hat der 66jährige Rittmeister a. D. v. S c h w e g e in B e r l i n S e l b s t m o r d durch Erschießen verübt.

Das Ende eines Veteranen. Am 21. Oktober fanden Arbeiter, die beim Schönbuter Tunnelbau beschäftigt sind, in einem Wäldchen unweit Zellhammer die Leiche eines alten Veteranen an einem Baume hängend auf. Der alte Veteran hatte die Lösung, die anlässlich des 40jährigen Jubiläums des Sedantages herausgegeben wurde, die Orden heraus, besaß, wie die Breslauer „Volkswacht“ bemerkt, denn drei K r i e g s d e n k m ä n z e n zierten die Brust des Toten. Das Ende des Veteranen — der Strick! Deutschland, Deutschland über alles!

Singerichter Vatermörder. Der Arbeiter B a k e l t aus Rudolfswaldau, Kreis Waldenburg, der im Jahre 1909 seinen eigenen Vater mit einer Art erschlagen hatte, wurde durch den Scharfrichter Schwiech-Breslau hingerichtet.

Schweres Unglück. Das haitianische Kanonenboot „Liberte“ ist infolge einer großen Explosion in Port de Paz gesunken. 70 Personen sollen getötet oder ertrunken und 20 gerettet worden sein. Unter den Toten befanden sich zehn Generale, die sich auf dem Wege zu den Truppenkommandos im Norddepartement befanden.

Auf der Rückkehr vom Überlandfluge nach Bourges stürzte der Aviatiker B l a n c h a r d, als er in J e s s y les Monlineaux eintraf, aus 30 Metern Höhe ab und war sofort tot.

Verurteilter Polizeikommissar. Der Polizeikommissar Theodor Wagner von Bohwinkel wurde am 24. Oktober von der Strafkammer in Oberfeld wegen wissentlicher falscher Anschuldigung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

In den Rhein gestürzt. Ein schweres Unglück ereignete sich Montagabend 8 1/2 Uhr an der Rheinhausener Fähre. Ein Bauer aus Gerlingen bei Bretten hatte mit einem Zweispännergefaß Hase gefahren, um ihn an eine Brauerei zu verkaufen. Der Handel kam nicht zustande und so sollte abends die Heimfahrt erfolgen. In dem Bauer hatte sich noch dessen 18jährige Tochter gefaßt, die in Ludwigsbafen Verwandte besucht hatte, und nun mit dem Vater nach Hause fahren wollte. In der Dunkelheit verfehlte der Bauer jedoch den Weg und fuhr in den Rhein, wo das Fuhrwerk als bald vom Strome erfasst und fortgerissen wurde. Auf die gestunden Pfleruse machten sich sofort Schiffer auf die Suche, sie konnten jedoch von den Verunglückten keine Spur mehr finden. Der Wagen, die beiden Pferde, Vater und Tochter waren in dem Wasser spurlos verschwunden.

Kulturfortschritt. Bei Schneider in Kreuzot (dem französischen Krupp) finden augenblicklich Versuche mit einem neuen 305-Millimeter-Geschütz statt, das instand ist 2 Meter lange und 100 Kilogramm schwere Granaten 30 Kilometer weit zu schleudern. Die Versuche verliefen „äußerst befriedigend“. Die Einwohner von Kreuzot wurden durch die Erschütterungen aufs lebhafteste beunruhigt, mehrere Häuser bebten in ihren Grundfesten und zahlreiche Fensterscheiben wurden zertrümmert.

Der Dank des Blutzaren. Ein Orbnensregen hat sich über Friedberg und Bad Nauheim ergossen. Kommunale und Polizeibeamte, sowie höhere Post- und Bahnbeamte erhielten russische Orden. Sämtliche Gendarmen und Kriminalbeamte, welche dorthin kommandiert waren, erhielten eine Gedenkmünze mit russischer Inschrift, ebenso sämtliche Mannschaften des Wachkommandos.

Aus der „guten, alten Zeit“. So wenig wir sonst Neugier haben mögen, uns in das Mittelalter zurückzuwenden, hinsichtlich der Fleischpreise wäre dieser Wunsch bei den jetzigen enorm hohen Preisen nicht ohne Berechtigung. Denn wenn man die Mitteilungen der alten Städtechroniken über die Lebensmittelpreise verfolgt, so ist man geradezu erstaunt über die niedrigen Preise des Fleisches und des Viehes in früheren Zeiten, auch wenn man berücksichtigt, daß vor einigen Jahrhunderten das Geld noch einen ganz anderen Wert hatte als heutzutage. In N i r u b e r g kostete in der Mitte des 14. Jahrhunderts ein Pfund Rind-, Schaf- oder Kalbfleisch zwei Heller und das Pfund Schweinefleisch 2 1/2 Heller. Am Anfang des 15. Jahrhunderts wurden in Bremen für ein Lamm drei Gros und für ein Schwein 24 Gros bezahlt. Bedenkt man, daß ein Maurer damals täglich drei Gros verdiente, so findet man, daß er sich jeden

Tag ein Lamm und nach acht Arbeitstagen ein Schwoh kaufen konnte. Im Jahre 1437 kostete in Franken ein Schaf einen Schilling und eine Kuh sechs Schillinge und im Jahre 1440 wurde in Augsburg ein schlachtreifer Ochse auf acht Gulden eingeschätzt. Von Hamburg wird aus dem Jahre 1478 berichtet, daß eine fette Kuh mit zehn Schillingen, und ein Ochse mit zwölf Schillingen bezahlt wurde und in Zürich kostete noch im Jahre 1559 der Zentner Fleisch nicht viel mehr als zwei Gulden. Heute sorgen schon unsere Agrarier mit Hilfe der Regierung dafür, daß sich kein Arbeiter an Fleischpreisen den Magen verdirbt, es sei denn, daß er einem herrenlosen Hunde das Fell über die Ohren zieht.

Das Unwetter im Golf von Neapel. Die Blätter bringen erschreckende Einzelheiten über die Unwetterkatastrophe. Der obere Teil von Cetara ist von den Fluten überflutet und von einem Felssturz getroffen. Der „Mattino“ spricht von 300 Toten in Cetara. Die Zahl der Verletzten beträgt etwa zwanzig. Das Meer birgt zahlreiche Tote und schwemmt von Zeit zu Zeit Leichen ans Ufer. Die Katastrophe wurde dadurch hervorgerufen, daß der Ort durchfließende Bach, der Bergwasser aufsammlt, über die Ufer trat. In Amalfi zählt man 12 Tote, in Minori 4 Tote und viele Verletzte. In Majori, wo die Vermissten fast so groß ist wie in Cetara, hat man 20 Leichen aus den Trümmern geborgen. Man glaubt, daß noch weitere dreißig Personen ums Leben gekommen sind.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. Uraufführung: „Die drei Klingelzüge“, Schwanke in 3 Akten von Ernst Albert. Nun, so wie bei der vorigjährigen Schöpfung Alberts ist das Zwerchfell gestern nicht erschüttert worden. Die „Erbtante“ hat ein bißchen verwöhnt. Das war schon mehr ein dreifaktiger Lachkampf gewesen. Aber im großen und ganzen amüsierte sich das Publikum doch wieder vorzüglich. Wer freilich von dem Titel auf eine lustige Verwechslungsgeschichte schließen wollte, sah sich bald im Irrtum. „Die drei Klingelzüge“ ist der Spitzname eines übermütigen weiblichen Kaufwunders, der in einem Hause sein

Wesen treibt, wo die Grenzen von Preußen, Sachsen und Weimar aufeinanderstoßen. In diesem Krähwinkel soll in Anlaß einer Dentmalsenthüllung eine Schillerfeier stattfinden. Und das Drum und Dran der Vorbereitung wird nun in einer Reihe anprahlender, durchweg recht ergöglicher Episoden vorgeführt. Von einer kraft durchgelähmten Handlung ist eigentlich nicht die Rede. Und das ist schade. So wird das Interesse des Zuschauers nicht von selbst in Spannung gehalten. Zudem ist die Episode von dem „Sohn erster Ehe und der Frau zweiter Ehe“ etwas skizzenhaft mit nicht befriedigendem Schluß ausgefallen. Vielleicht läßt sich der Autor herbei, diesen Teil des Schwanke noch einmal umzuarbeiten, indem er ihn zugleich auf ein moralisch weniger anfechtbares Gebiet verlegt. Aber im ganzen hat er doch wieder einen sichern Bühnenblick bewiesen und seine Erfindungsgabe, die uns eine Anzahl famos wirkender Typen beschert, im Verein mit einer gutmütigen Satire bis zuletzt in ein recht freundliches Licht stellt. Wie schon gesagt, die Lustigkeit der „Erbtante“ ist nicht ganz erreicht. Aber der prächtige Komiker Albert offenbart sich hier dennoch wieder mit überwiegend so trefflicher Urwüchsigkeit, daß auch dieses neue Werk sicherlich seinen Weg über die Bühnen machen wird. Wünschen wollen wir ihm nur, daß es überall auch eine solche Aufführung finden möge, wie sie ihm hier beschieden war. Die treffliche Künstlerin in unserm Musentempel weiterte, ihrem Kollegen einen möglichst vollen Sieg zu erstreiten. Vor allem Fräulein Bog, die wieder einen so frisch-fröhlichen Spring-ins-Feld hinstellte, daß man ihn am liebsten gleich beim Kopf genommen hätte. Aber nicht, um ihn zu zausen. Doch auch die übrigen — der Autor natürlich eingeschlossen — wie sie auf dem Zettel angegeben waren: Herr Laube, der übermächtig komische Herr Scholz, Fräulein Gerlach, ebenfalls ein Rabinettstück der Plastik bietend, ferner die Herren Bram Weyandier, Seydacker und Brodowsky, wie das ungemein fische Fräulein Thornegg, das mit resoluten Strichen zeichnende Fräulein Haase und endlich die Fräulein Werner und Anna Eschering — sie alle waren mit prächtigster Stimmung bei der Sache und holten aus ihren Kössen heraus, was nur darin lag. Und so kam auch das Publikum in die schönste Geberlaune, namentlich Herrn Albert gegenüber. Der Vor-

hangausleher erhielt schwere Arbeit. Ich habe schließlich aufgehört zu zählen, wie oft der Autor sich kratzend vor dem Hause verneigen mußte. Und ich denke, die schillerkundige Gasse wird ihn am Schluß zugerufen haben: „Die Treue, sie ist doch kein leerer Wahn!“ Im

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 26. Oktober.
 Bauern-Butter Pfd. 1,25—1,30 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,40 Mk., Hasen 3,50 Mk., Enten 3,50—4,00 Mk., Gähner 1,60—2,30 Mk., Kühen Stk. 1,40—1,60 Mk., Tauben Stk. 0,55—0,65 Pf., Gänse Pfd. 0,78—0,80 Mk., Fliedgans 2 Mk., Schinken Pfd. 1,25—1,30 Mk., Schweinestopf Pfd. 55—65 Pfa., Wurst Pfd. 1,20—1,40, Eier 8 Stück 60 Pfa., Deringe 2 St. 10 Pfa., Dorische genig., Süßwasserfische genig., Karpfen Pfd. — Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1,00—2,00 Mk., Schleie Pfd. 1,40 Mk., Brachsen — Pfd., Hechte Pfd. 70—80 Pf., Barsche Pfd. — 70 Pfa., Mal Pfd. 0,70—1,00 Mk., Karantischen Pfd. 80—90 Pfa., Gemüse genig., Blumenkohl d. Kopf 0,20—0,50 Mk., Kohl 100 Pfd. — Mk., Gurken, 100 Pfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige, Pfd. — Mk., Kerpel, verschiedene pr. 100 Pfd. — Pfa., Kraut pr. 100 Pfd. — Mk., Rirschen Pfd. — Pfa., Kartoffeln pr. 10 Pfd. 50—70 Pf., Mand Pfd. — Pfa.

Getreidepreise. Lübeck, 26. Oktbr.
 Weizen, 125—130 Pfd. holl. 180—187 Mk. Roggen 115—123 Pfd., neuer holl. 130—142, Gerste, nach Qualität 130—145 Mk. Safer, nach Qualität, alter 150—165 Mk. neuer 135—150 Mk. hochfein über Notiz, per 1000 Kilo.

Butter-Notierungen
 d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein
 Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.
 Hamburg, 26. Oktbr.
 1. Klasse 340 Drittel zu 125,96 Mk. im Durchschnitt.
 2. „ 35 „ 117,47 Mk.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.
 Verleger: F. H. Schwanke. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
 Sämtlich in Lübeck

„Komitees und Kommissionssitzungen“

D. Schlesw.-Holst. Wahlkreis.
 Bezirksversammlung
 am Freitag, den 28. Oktober,
 8 1/2 Uhr.

Durch Zufall zum 1. Januar e. frdt. 2-Studen-Wohnung m. Stall u. Kell. Nr. 170 Mt. Schönkampstr. 19, I.

Arbeiterinnen
 geführt von
Aug. Schumacher
 Erneiminenstraße 3.

Schwartau.
 Gesucht zu sofort
eine ordentliche Frau zum Brotauftragen
 bei fester Kundenschaft
 Lübecker Straße 88.

Eine perfekte Schneiderin,
 durchaus zuverlässig, wird fürs Haus gesucht.
 Näh. Mittelstr. 28 a.

Ein guterhaltener Kinderwagen (Brennabor) m. Gummireifen billig zu verkaufen.
Joh. Hoffmann, Stockelsdorf.

50 Ferkel
 stehen billig zum Verkauf.
Joh. Ahrens, Tremkamp 12.

Halt! Achtung! Halt!
 Soeben eingetr.: Eine gr. Sendung
Zitronenäpfel
 sowie verschiedene andere Sorten. Kein Laden, daher riesig billig.
Silbstr. 14, Kontor rechts.

Für den Winterbedarf empfehle ich:
 Hochfeine französische und allerfeinste Magnum-Bonum-Kartoffeln billig.
C. Heese, Jacobsen Nachf., Meierstr. 26. T. 1440

Die Arbeiter-Garderoben
 aus dem Spezial-Geschäft von Lübeck
Otto Albers Kohlm.
 Markt 4
 sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige Preise. U. a.:
 Lederhosen . . . 2,20—6,45
 Mauserhosen . . . 2,60—6,75
 Schlofferhosen . . . 1,88—5,25
 Überziehhosen . . . 1,08—2,35
 Zwirn-Hosen . . . 1,68—3,25
 leinere Jacken, schräge u. gerade, 1,28, Kragen, Hemden, Schlachterjacken, Strickjacken, Malermäntel erstaunlich billig. Mägen von 30 Pf. bis 1,88 Mt. Note Lübeck.

Kochäpfel
 hochfein, 10 Pfund Mt. 0,65.
Daueräpfel
 (Hoffunger) 10 Pfund 90 Pfa., sowie sämtliche andere Sorten riesig billig.
Wilhelm Böttcher, Alfstraße 11.

Sanitätsverband der freien Hilfskassen Lübecks.

General-Versammlung heute Donnerstag, den 27. Oktober 1910, abends 8 1/4 Uhr.
 im „Gewerkschaftshaus“
 Johannisstraße 50—52.
 Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung vom 3. Quart. 1910.
 2. Innere Verbandsangelegenheiten.
Der Vorstand.

Achtung Maurer!

Mitglieder-Versammlung der Maurer-Zentral-Krankenkasse Grundstein
 am Freitag, 28. Oktbr., abends 8 1/2 Uhr
 im „Gewerkschaftshaus“
 Johannisstraße 50—52.
 Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung vom 3. Quart. 1910.
 2. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.
 Zahlstelle Lübeck.

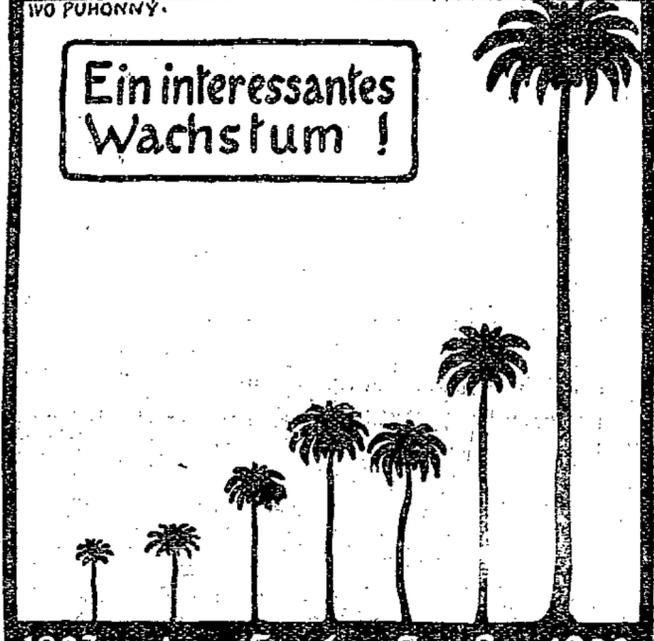
Mitglieder-Versammlung
 Freitag, 28. Oktober, abends 8 1/2 Uhr,
 im „Gewerkschaftshaus“
 Johannisstraße 50—52.
 Tages-Ordnung:
 1. Aufnahme neuer Mitglieder.
 2. Abrechnung vom 3. Quart. 1910.
 3. Innere Verbandsangelegenheiten.
 4. Wintervergütungen.
 5. Verschiedenes.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Ortsverwaltung.

Freie Jugend Lübecks.
 Sonntag, den 30. Oktober, von nachmittags 4 1/2 Uhr ab:
Zusammenkunft
 im „Gewerkschaftshaus“
 Johannisstraße 50—52.
Der Jugendauschuss.

Möllers billige Fleischquelle
 nur 22 Zünthausen 22 nur.
Brüh- und Salzbalgen.
 H. Ruß, Dantwartsgrube 54.

WO PUHONNY.

Ein interessantes Wachstum!



1903 - 4 - 5 - 6 - 7 - 8 - 1909

Dieses Bild zeigt - in genauen Maßen - die enorme Umsatzsteigerung von PALMIN (Pflanzenfett) und PALMONA (Pflanzen-Butter-Margarine) in Deutschland innerhalb der letzten 7 Jahre. - Ein stärkerer Beweis für das Bedürfnis nach PALMIN und PALMONA und für die Beliebtheit unserer Produkte ist kaum denkbar.
H. SCHLINCK & CIE., A.-G.

Kranken- und Sterbe-Kasse gewerblicher Arbeiter.
 (G. S. Nr. 24.)

General-Versammlung
 am Montag, dem 31. Oktober 1910, abends 8 1/2 Uhr.
 im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50—52.
 Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung vom 3. Quartal 1910.
 2. Verschiedene Klassenangelegenheiten.
Der Vorstand.
 Mitgliedsbücher sind vorzuziehen.

Verband der Brauerei- u. Mühlenarbeiter.
 Einladung zum
Stiftungsfest
 am Freitag, dem 4. November 1910, im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50—52.
 Anfang 8 Uhr. Ende 4 Uhr.
 Eintrittspreis 60 Pfg., eine Dame frei.
Das Komitee.

Einladung zum
BALL
 verb. mit Theateraufführungen
 der Freiw. Feuerwehr Genio
 Sonntag, 30. Oktober,
 beim Kameraden G. Müller
 daselbst.
Der Vorstand.

Wir haben es uns überlegt
 Sie können es
 erst morgen er-
 fahren was der
Clou
 ist



Hansa-Theater
 Täglich abends 8 1/4 Uhr.
 Nur noch 5 Aufführungen!
 Gastspiel des Berliner
Thalia-Theaters.
Der Schlager v. Berlin 1910!
Polnische Wirtschaft.
 Hofe mit Gesang und Tanz
 in drei Akten.
 50 Darsteller und 50
 Darstellerinnen.
 Vorverkaufarten mit Datum bis
 31. Oktober haben Gültigkeit.

Stadthallentheater.
 Freitag, 28. Okt. Abends 8 Uhr.
 Einmaliges Gesamt-Gastspiel
Louise Willig, Königl. Preuss.
 mit Ensemble Berliner Künstler.

Die Gioconda.
 Tragödie von Gabriele d'Annunzio.
 Schönste Preise! Dargest. ungült!
 Vorverkauf täglich in den bekannten
 Stellen bei Nagel, Markt 14, und
 Rob. Kohlmarkt 13.
Neues Stadttheater.
 Freitag, 28. Oktober, 7 1/2 Uhr.
 Sonntag, 29. Oktober, 8 Uhr.
Don Juan.
 Große Oper von Mozart.
Die Förster-Christl.
 Operette von Georg Sarno.

sationsvertreter sende. Mit diesen kann die Kommission verhandeln. Nachher bitte ich die Organisationsvertreter zu mir und ich bin sicher, in ein paar Stunden ist die Sache erledigt. Zum Wort der Arbeiter.

Und, so fügen wir hinzu, auch zum Vorteil der Gemeinde, d. h. im Interesse der Allgemeinheit. Vielleicht lernt der Herr Senator aus diesen Worten und gewährt den Straßenbahnern das Koalitionsrecht freiwillig. Oder will er vielleicht solange warten, bis die Lübecker Straßenbahner es ihren Bremer Kollegen nachmachen und sich das Koalitionsrecht erkämpfen! Hoffentlich sieht bei ihm und bei der Behörde die bessere Einsicht!

Zum Schluß seien uns noch ein paar Worte über das Verhalten der bürgerlichen Parteien zu dieser Angelegenheit gestattet. Man sollte annehmen, daß die Liberalen, die sich doch immer als Wahrer und Schützer des Koalitionsrechts aufspielen, hier das Vorgehen der Behörde verurteilt hätten. Nichts von alledem! Der einzige Redner, der sog. liberale Rechtsanwalt Fehling, ging mit einer schwabdrigen Redensart über die Angelegenheit hinweg. Kein Wort der Kritik fand er! Das ist kennzeichnend. Und wer noch daran zweifeln sollte, wie die Liberalen über das Koalitionsrecht denken, der sei darauf aufmerksam gemacht, daß das Organ der Fortschrittlichen Volkspartei, das „Lübecker Tageblatt“ von einer „ausgesprochenen Heze unter den Straßenbahnern“ redet und die ganze Angelegenheit vom Standpunkt der Straßenbahnbehörde aus betrachtet. Wir freuen uns, daß hier die Liberalen so offen ihre Karten aufdecken und damit ihre „Arbeiterfreundlichkeit“ beweisen. Die werktätige und wirklich liberale Bevölkerung Lübecks wird die Antwort hierauf und auf das rückständige Verhalten gewisser Lübecker Behörden schon bei den nächsten Reichstagswahlen erteilen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 27. Oktober.
Die Protokolle über die Verhandlungen des Magdeburger Parteitages sind eingetroffen und können in den Mittags- und Abendstunden (bis 8 Uhr) im Parteisekretariat, Johannisstraße 50, in Empfang genommen werden. Der den Parteigenossen eingeräumte Vorzugspreis für die beschriebenen Exemplare beträgt 60 Pfennig.

Doch kaum war ihm das Wort entfahren, mocht er's im Busen gern bewahren! Diese Schillerischen Verse fallen einem unwillkürlich ein, wenn man das Verlegenheitsgestammel liest, das ein bei der zur Bekämpfung der Sozialdemokratie gegründeten bürgerlichen Rechtsauskunftsstelle beschäftigter Assessor im Amtsblatt vor sich gibt, um die Talsache zu verschleiern, daß er brieflich den kämpfenden Werkstarbeiter einige Kugeln der arbeitswilligen Revolverhelden wünschte. Für heute sei nur gesagt, daß wir die von uns im Bericht über die Lebenshour-Verammlung wiedergegebenen diesbezüglichen Ausführungen vollinhaltlich aufrecht erhalten. Morgen werden wir noch des näheren darauf zurückkommen. Sehr bezeichnend ist es auch, daß der schneidige Herr Assessor es peinlichst vermeidet, den Amtsblattlesern mitzuteilen, was denn eigentlich in der Volksversammlung über ihn gesprochen wurde. Unfortwährend brauchte er sich nicht zu genieren.

Volkszählung am 1. Dezember. Das Statistische Amt schreibt: Die am 1. Dezember ds. Jz. stattfindende Volkszählung soll wieder möglichst durch freiwillige Zähler vorgenommen werden. Das Statistische Amt hat deshalb vor einigen Tagen Aufforderungen zur Übernahme des Amtes eines freiwilligen Zählers verschickt. Diese Aufforderung ist nicht nur, wie zum Teil irrtümlich angenommen wird, Beamten oder gar nur bestimmten Beamtengruppen, wie Oberlehrern und Lehrern zugegangen. — Dann würden die erforderlichen circa 1300 Zähler sicher nicht zusammenkommen! — sondern allen möglichen Berufs- und Altersklassen. Zählen werden zum Beispiel Baugewerkschüler, Lehrlinge, Seminaristen, Lehrer, Oberlehrer, Ärzte, Richter, Redakteure, gelehrte Arbeiter, Gewerkschaftsbeamte, Subaltern- und Unterbeamte, Handwerker, Kaufleute aller Art, Handlungsgehilfen, pensionierte Offiziere, frühere Landleute usw. Die Zusammenstellung ergibt zur Genüge, daß das Statistische Amt sich Mühe gegeben hat, möglichst alle Berufsstände heranzuziehen und niemandem etwas Besonderes zumute. Es handelt sich hier um einen allgemeinen staatsbürgerlichen Dienst, der nur alle 5 Jahre erbeten wird und in etwa vier Stunden abgeleistet ist; sozial Zeit sollte man doch in fünf Jahren für den Staat übrig haben.

Lebensschwigen wird in der fleißigen bürgerlichen Presse — mit Ausnahme des Tagesblattes — die gewaltige Montag-Verammlung der werktätigen Bevölkerung Lübecks im Gewerkschaftshaus, in der Genosse Ledebour sprach. Spaltenlange Berichte füllen oft diese Blätter, wenn bei irgend einem Kränkchen irgend jemand etwas — und sei es noch so nichtsagend — mündlich von sich gibt. Aber die Wahrheit über die Moabitler Vorgänge, die durch Ledebour überzeugend dargelegt wurden, enthalten sie ihren Lesern vor. Diese Wahrheit würde allerdings auch kaum in den arbeitserfüllten Rahmen der Zeitungen vom Schlage der „G.-Z.“, „L.“ und „G.-M.“ passen.

Arbeiterisiko. Beim Transportieren eines Maschinenbauteils der Firma Stein, wurde gestern nachmittags auf dem Neubaudeck der Firma Stein am Kanal der Arbeiter H. Berni aus Balingen am Hinterkopfe recht erheblich verletzt. Herr Dr. Gösch leistete die erste ärztliche Hilfe. Darauf wurde der Verletzte dem Allgemeinen Krankenhaus per Droßke zugeführt.

Parteimitgliedschaft. Wie vor einigen Wochen mitgeteilt, ist der Musiker Max Steffer vom Regiment „Lübeck“ wegen Fahnenflucht im Rückfalle und wegen späteren Diebstahls im wiederholten Rückfalle vom Kriegsgericht der 17. Division zu 6 Jahren Zuchthaus und Entfernung aus dem Heere verurteilt worden, welche Strafe vom Oberkriegsgericht auf 5 Jahre Gefängnis ermäßigt wurde, während es bei den Nebenstrafen und Ausstoßung aus dem Heere blieb. Nach Verkündung des Urteils erster Instanz und in den folgenden Tagen beging St. schwere Ausschreitungen, derentwegen er am 17. August vom Kriegsgericht der 17. Division zu 2½ Jahren Gefängnis verurteilt worden ist. Gegen dieses Urteil hat St. Berufung eingelegt, die nun vor dem Oberkriegsgericht in Hamburg zur Verhandlung kam. Es handelt sich um folgende Dinge: Am 10. Juli sollte St. rasiert werden, damit er zu der am andern Tage gegen ihn angelegten Verhandlung vorchriftsgemäß erscheinen könne; ein Feldwebel erhielt den Befehl, an St. die Verschönerungsprozedur vornehmen zu lassen. Da St. schon zweimal im Untersuchungsgefängnis Selbstmordversuche gemacht hat, befürchtete der Feldwebel, daß St. dem Barbier das Messer entreißen und damit Unheil anrichten könnte.

Der Vorgesetzte befahl daher die Fesselung des Angeklagten, der höhnisch gelacht und, auf ein starkes Soldatenaufgebot zehrend, gesagt haben soll, ob denn zur Fesselung die ganze Kompanie erforderlich sei. St. wehrte sich heftig und erging sich in Schimpfwörtern. Als er am andern Tage vor das Kriegsgericht geführt wurde, soll er sich dreibeinig hingestellt und die Aufforderung des Vorsitzenden, eines Majors, sich militärisch zu benehmen, unbeachtet gelassen haben. Als das auf sechs Jahre Zuchthaus lautende Urteil verkündet wurde, schimpfte er auf die Richter ein, drohte dem Vorsitzenden und warf mit seiner Miße nach dem Verhandlungsleiter. Der Vorsitzende befahl sodann die Fesselung des Reitentanten, welcher mit den Weinen um sich ließ und der Ordnung vor den Bauch stieß. Er wurde dann gefesselt und in die Arrestzelle getragen, wobei er fortgesetzt Schimpf- und Drohreden ausstieß. Im Arrest soll St. schwere Ausschreitungen begangen haben, indem er Dienstgegenstände beschädigte, mit dem Waschtisch nach der Zellentür warf, Offiziere und andere Vorgesetzte beschimpfte und fortgesetzt im Ungehorsam verharrte. Da das auf 5 Jahre Gefängnis und Ausstoßung aus dem Heere lautende Urteil Rechtskraft erlangt hatte, erscheint der Angeklagte in Zivil. Wie aus dem zur Verlesung gelangten Strafregister hervorgeht, ist der Angeklagte schon vor diesen beiden Strafen wegen schwerer Delikte verurteilt worden. Er gibt zu in der Aufregung zu weit gegangen zu sein, doch wisse er sich der meisten Vorgänge nicht zu erinnern; es wäre daher richtiger gewesen, ihn auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen. Der Verhandlungsleiter, Oberkriegsgerichtsrat Dr. Döfner, hält dem Angeklagten vor, daß er in der Kriegsgerichtsverhandlung vom 11. Juli dem Antrage seines Verteidigers, eines Oberleutnants, ihn, St., auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen, widerprochen habe. „Mein Verhalten war damals also unlogisch, ein Beweis für meine Unzurechnungsfähigkeit“, replizierte der Angeklagte, der heute einen ziemlich apathischen Eindruck macht. Des Vorgangs beim Rasieren will der Angeklagte sich nicht erinnern können; er behauptet, daß der Feldwebel seine Dienstbefugnisse überschritten hätte, als er den Befehl erteilte, ihn, St., fesseln zu lassen. Alles andere wisse er nicht mehr, absichtlich habe er jedenfalls nicht mit dem Fuß nach der Ordnung gehoben. In der Arrestanstalt soll er unter beleidigenden Äußerungen auf Offiziere und andere Vorgesetzte gesagt haben, er brauche sich nicht mehr zu erheben und militärische Ehrenbezeugungen zu machen, da er nun Zivilist sei. Das Zeugnis des Feldwebels, der ihn gefesselt hatte, bezeichnet er als ein nicht einwandfreies, weil „dieser auf alle Fragen mit „zu Befehl“ antwortete.“ Der damalige Verhandlungsleiter, ein Kriegsgerichtsrat, sagt aus, der Angeklagte hätte ihm die Miße an den Kopf geworfen und geschimpft, als er das Urteil verkündete. Da der Angeklagte sich sehr wütend geberdete, habe er zunächst geglaubt, daß St. unzurechnungsfähig sei, doch habe er, als St. ganz logische Bemerkungen machte, den Eindruck gewonnen, so daß er doch zurechnungsfähig sei. Kriegsgerichtsrat Dr. Döfner, der ebenfalls in der Kriegsgerichtsverhandlung mitgewirkt hat, bekundet, der Angeklagte sei sehr aufgeregt gewesen, so daß er den Eindruck gewann, St. sei zeitweilig geistig unzurechnungsfähig. Der Verteidiger, Rechtsanwältin Schwende-Altona, bezeichnet die einzelnen Anklagepunkte als im Affekt begangene Handlungen, die nicht als Einzelstraftaten qualifiziert werden dürfen. Wäre nicht die seiner Meinung nach unberechtigte Fesselung beim Rasieren vorgenommen, dann wären die Ausschreitungen nicht erfolgt. Richtiger wäre es auch gewesen, wenn diese Fälle mit den anderen Straftaten, derentwegen er zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt worden ist, zusammen verhandelt worden wären. Die Strafe wäre dann auch nicht viel höher als fünf Jahre ausgefallen, während jetzt zwei hohe Strafen in Frage kämen. Beide Strafen könnten aber zusammengelassen werden; eine Gesamtstrafe von 5½ Jahren Gefängnis erreiche völlig ihren Zweck. Der Vertreter der Anklage gibt zu, daß die Fesselung beim Rasieren vielleicht überflüssig gewesen sei; aber da diese Fesselung einmal angeordnet war, hätte sie auch zur Durchführung gebracht werden müssen. In längeren Ausführungen läßt der Ankläger die einzelnen Vorgänge Revue passieren und beantragt eine Gesamtstrafe von sieben Jahren. Der Verteidiger bittet nochmals um ein geringeres Strafmaß, indem er auf das freundliche Wesen des Angeklagten hinweist. Dieser sei Fürsorgezögling gewesen, sei frühzeitig mit schlechten Leuten in Verbindung gekommen, und so sei er eben das Produkt der Verhältnisse geworden. Eine Strafe von sieben Jahren sei zu grausam, raube dem jungen Menschen den besten Teil seines Lebens. Er gäbe zu bedenken, daß die hier in Rede stehenden Dinge, wenn vor einem Zivilgericht begangen, mit höchstens drei bis sechs Monaten Gefängnis geahndet worden wären. Das Gericht hob das Urteil erster Instanz auf, bekräftigte dieses in einigen Fällen und erkannte auf eine Gesamtstrafe von sieben Jahren Gefängnis, Nebenstrafen und Entfernung aus dem Heere.

b. Fahrentzug. Erhängt hat sich gestern morgen der Arbeiter Kr. Er war auf der Brotfabrik von Seperin beschäftigt. Kr. soll in letzter Zeit sich mehrerer Schrottdiebstähle schuldig gemacht haben.

pb. Ein guter Fang. Am 26. ds. Mts. wurde auf der Landstraße Miendorf-Wesenberg, von einem Schuhmann ein verdächtiger Mann angehalten. Der Mann nannte sich Anderson, doch stellte sich bei einer vorgenommenen Leibesvisitation heraus, daß er außer Papieren auf den Namen Anderson auch noch Papiere auf den Namen Spiegel bei sich führte. Außerdem wurden noch folgende Sachen bei ihm gefunden: 1 weißer Rosenbezug, 2 eine weiße Serviette, 1 rotbraunes Damenportemonnaie, 1 gelbes Herrenportemonnaie, 3 Taschmesser, auf der Schale des einen Messers steht: S. G. Blumm u. Co. und Wilh. Emil Quack u. Comp., 9 Bund verschiedene Schlüssel und Dietriche, 1 neuer Schraubenzieher, Brechseisen, Stemm-eisen, Kneifzange und Feile. Nach den vorgefundenen Sachen ist der Mann sehr wahrscheinlich ein gewerbemäßiger Einbrecher. Die beschlagnahmten Sachen liegen im Bureau der Kriminalpolizei zur Ansicht aus.

pb. Unfug. In der Nacht vom 25. zum 26. d. Mts. ist von einem Hause der Königstraße ein Firmenschild aus Blech abgenommen und verschleppt worden. Das Firmenschild, welches 50 Zentimeter lang und 40 Zentimeter breit ist, ist weiß gestrichen und trägt in schwarzer Schrift die Aufschrift: R. Ahrens, Zahnarzt, 1. Etage.

pb. Herrenloser Paletot. Am 26. d. M. wurde in der Trave bei der Holstenbrücke ein Überzieher mit 61,80 M. gefunden. Der Überzieher ist aus dunklem, graugrünem Stoff mit grauem Futter und Sammetragen. In dem Überzieher steht die Firma Perford u. Co., Kopenhagen. Eine Hotelrechnung vom Europäischen Hof in Stettin, besand sich in einer Tasche des Überziehers. Es dürfte nicht ausgeschlossen sein, daß der Eigentümer des Paletots in der Trave ertrunken ist.

Neues Stadt-Theater. Man schreibt uns: Morgen Freitag gelangt Mozarts große Oper Don Juan zur nochmaligen Aufführung. Am Sonnabend, abends 8 Uhr, kommt die erfolgreiche Operette „Die Förster-Chiff“ von Georg Jarro zur Wiederholung. — Für Sonntag, auch

Mittags 8 Uhr, ist bei Nachmittags-Pfeifen die humorvolle Protokolle „Der Herr Verteidiger“ von Molnar mit Galim angelegt. — Sonntag, abends 7 Uhr, erscheint Richard Wagner's große Oper „Lohengrin“ wieder auf dem Spielplan. Den Lohengrin singt diesmal Herr Wisfort.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Das Interesse, welches sich für das morgen, Freitag, stattfindende Gesamtspiel der Berliner Künstler von Gabriele d'Annunzio's Tragödie „Die Gioconda“ mit der Hofchauspielerin Luise Willig in der Hauptrolle in allen Kreisen unseres Publikums kundgibt, ist ein außerordentlich starkes, was ja auch bei der künstlerischen Bedeutung dieses Gesamtspiels zu erwarten war. Die Künstler treffen morgen, Freitag, mittag in Lübeck ein. Die Vorstellung beginnt präzis abends 8 Uhr.

c. Stockelsdorf. Sozialdemokratische Vereins-Versammlung am 25. Oktober. Aufgenommen wurden 5 Genossen. Die Mitgliederzahl beträgt gegenwärtig 955. Die Abrechnung vom 3. Quartal ergab folgendes: Einnahme 485,62 M., Ausgabe 345,28 M., mithin Bestand 140,34 M. Bei der Wahl zur außerordentlichen Generalversammlung in Schwartau wurden die Genossen O. Meckel und H. Nils und die Genossin J. Govers gewählt. Den Bericht vom Schleswig-Holsteinischen Provinzialparteitag erstattete der Vorsitzende, Genosse Boll ergänzte ihn. Eine lebhafteste Debatte setzte hierauf ein. Den Kartellbericht gab der Kassierer. Über die bevorstehende Gemeinderatswahl wurde noch debattiert; ferner wurde den Genossen für nächstes Jahr eine Festlichkeit genehmigt.

cutin. Die Tagung des Provinzialrates wurde Dienstag beendet. Der Vorschlag für 1911 weist nach Berücksichtigung verschiedener Bemerkungen einen Überschuß von 192 809,67 M. auf. Des weiteren ist noch ein Betriebsfonds in Höhe von 150 000 M. als eiserner Bestand vorhanden. In Anbetracht dieses günstigen finanziellen Ergebnisses wurde beschlossen, die Einkommensteuer und die Vermögensteuer nur mit 75 Prozent zu erheben. Auch bei der Grundsteuer noch eine Ermäßigung eintreten zu lassen, wurde von der Regierung widerrufen, weil man einen größeren Fonds für Eisenbahnbauten sammeln will. Der Bau der Eisenbahn Lübeck-Seeberg beschäftigt faledichfalls den Provinzialrat. Es waren in der Stat 75 000 M. eingestellt, mit welchem Betrag sich das Fürstentum an der Aktienzeichnung beteiligen sollte. In diesem Fall hatten der Landesverband und die beteiligten Gemeinden Stockelsdorf und Obermühle zusammen 300 000 M. beizusteuern, um die Bausumme zusammenzubringen. Da an den 300 000 M. aber immer noch 25 000 M. fehlen, wurde im Provinzialrat beantragt, auch diese zu übernehmen und 100 000 M. für den Bahnbau einzustellen. Es wurde dabei betont, scheitere die Sache an den 25 000 M., so sei nie daran zu denken, daß die genannten Ortschaften je eine Bahnverbindung erhalten würden. Nachdem dieser Antrag auch vom Regierungspräsidenten befürwortet war, fand er einstimmige Annahme. Der Bau einer elektrischen Bahn von Lübeck nach Schwartau stand des ferneren zur Beratung. Nach dem mit Lübeck abgeschlossenen Vertrag wird sich Schwartau an den Kosten mit etwa 35 000 M. beteiligen müssen. Man beschloß, dem Flecken eine Beihilfe von 25 000 M. zu gewähren. An weiteren wesentlichen Summen wurden bewilligt 90 000 M. als erste Bourate für ein neues Amtsgericht in Cutin, 50 200 M. für bauliche Veränderungen am Gymnasium, 1500 M. als Subvention für den Unternehmer des Ostseebäder-Dienstes, 3000 M. zu einem Grenzsold für Veteranen, 4500 M. zur Sicherung des Strandes von Miendorf. Beantragt wurde auch 150 000 M. à fonds perdu zum Bau einer Bahn von Travemünde nach Miendorf zu bewilligen, die weiter erforderlichen 150 000 M. wollte die Gemeinde Miendorf als Vorbelastung übernehmen. Da im Fürstentum noch verschiedene Bahnprojekte schweben, sei denen vielleicht auch Miendorf berücksichtigt werden kann, so überwies der Provinzialrat diesen Antrag der Regierung zur Prüfung.

b. Segeberg. Feuer. In der Nacht zum 26. Oktober ertönte das Feueralarm; es brannte die große in der Oldesloerstraße belegene Scheune des Herrn Kamm. Als die Feuerwehr herantastete, war bereits der ganze hintere Teil der wohlangefüllten Scheune in Flammen geschütt. Den Bemühungen der Feuerwehr gelang es, das Feuer auf seinem Herd zu beschränken. Nach zwei Stunden war jede Gefahr beseitigt. Die Scheune ist bis auf den Grund niedergebrannt. Im Hause wohnten zwei Familien, welche ihre Mobilien retteten, desgleichen konnte das Vieh in Sicherheit gebracht werden. Die Ursache des Feuers konnte bisher nicht festgestellt werden. — Der 18-jährige Sohn des Schneiders Bau. ann. sie hielt sich hier besucheweise auf und ist bisher zu ihrer Herrschaft in Hamburg nicht zurückgekehrt.

Hamburg. Kindes-tötung. Am 27. August d. Jz. gab das 21-jährige Dienstmädchen Emma Themer im Eppendorfer Krankenhaus einem Knaben das Leben. Es wurde am 6. Oktober mit dem Kinde entlassen, weil es angab, in der Stadt Wohnung nehmen zu wollen. Vom Krankenhaus irte das Mädchen zunächst planlos umher und sahte gegen abend den Entschluß, sich und das Kind zu töten. Am Ruhmühsentisch warf die Th. den Kleinen ins Wasser, hatte aber nicht den Mut, nachzulpringen. Beim Wiederaufstehen des Knaben erfasste die Mutter Neue, und sie zog ihn auf's Trockene. Als sie bemerkte, daß sie nur eine Leiche im Arm hatte, warf sie diese wieder ins Wasser zurück. Bei einer Revision des Standesamtsbüros stellte sich das Fehlen des Kindes heraus, und die Kindesmörderin legte bald ein offenes Geständnis ab. — Der Held von Moabit, Friedrich Hinge, das politisch geschätzte Musterexemplar des Stellenvermittlers, der „jeden Streik bricht“, ist, wie das „Echo“ erfährt, wieder zu den Fleischtöpfen seiner Pflege Mutter Auguste Müller in Wandshel zurückgekehrt. Bei einer Tagesberühmtheit, wie Friedrich Hinge nun einmal eine ist, würde diese Nachricht allein schon öffentliches Interesse beanspruchen dürfen, in diesem Falle bekommt die Sache aber noch ihren besonderen Reiz dadurch, daß Friedrich Hinge in Berlin, wo er sich vor Gericht wegen Beleidigung von Streikposten verurteilt worden sollte, nicht auffindbar war. Es ließe den Charakter des nationalen Helden aber fallch beurteilen, wenn man etwa annehmen wollte, Friedrich Hinge hätte aus Furcht vor Strafe den heißen Boden seines Moabitler Schlachtruhms verlassen, um sich unter die Schürze der Frau Streikbrecherin zu verziehen. So was tut Friedrich Hinge schon deshalb nicht, weil er als anerkannter Liebling der Polizei ziemlich sicher sein darf, daß ihn auch die Berliner Justiz mit Wohlwollen behandeln würde. Mein Friedrich Hinge kam zurück, um neuen Lobpreis in seinen Ruhmeskranz zu flechten. Er wollte offenbar einen neuen Streikbrechertransport für den Straßenbahnerstreik in Bremen organisieren, durch die Beendigung dieses Kampfes ist er jetzt dieser Mühe entbunden.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. bezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stellung, Verleger: L. H. Sch. w. a. r. h. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sammler in Lübeck.

Die Lübecker Genossenschafts-Bäckerei

e. G. m. b. H.

empfehlen

Braune Kuchen, sowie braune und weiße Pfeffernisse, Platen- und Topfkuchen in bekannter Qualität.

Unsere unten aufgeführten Niederlagen halten hiervon stets Lager, auch nehmen dieselben jederzeit Bestellungen entgegen. Gleichzeitig empfehlen unser nur aus bestem Roggen- und Weizenmehl hergestelltes Grob- und Feinbrot, Gemengtes, sowie alle sonstigen Backwaren.

In der Stadt:

H. Steenbock, Kl. Gröpelgrube 8.
G. Frost, Rosenstraße 2.
F. Nehlsen, Rosenstraße 21.
H. Wille, Gr. Gröpelgrube 10.
Frau Doss, Große Gröpelgrube 19.
C. Meincke, Gr. Gröpelgrube 55.
L. Kohl, Große Gröpelgrube 63.
Frau Bohnhoff, Kanalstr. 11.
Wwe. Meier, Wafenigsmauer 2.
J. Krellenberg, Wafenigsmauer 5a.
Ww. Schultz, Wafenigsmauer 23.
L. Koch, Wafenigsmauer 42.
H. Blunck, Wafenigsmauer 80.
Wwe. Scheel, Wafenigsmauer 92.
W. Schult, Wafenigsmauer 124.
W. Kröger, Wafenigsmauer 160.
H. Dannert, Weiter Lohberg 15.
J. Damm, Langer Lohberg 20.
Konsumverein, Lg. Lohberg 30/32.
C. Timm, Glockengießerstraße 16.
E. Berner, Glockengießerstr. 22.
P. Witt, Glockengießerstraße 26.
Hansa-Meierei, Glockengießerstr. 29.
J. Bremer, Glockengießerstraße 54.
F. Hoff, Glockengießerstraße 74.
W. Reimers, Glockengießerstr. 89.
A. Dibbert, Tüntenhagen 20.
C. Miehcke, Hundestraße 20.
H. Sachau, Hundestraße 29.
K. Lender, Hundestraße 42.
Frau Westphal, Hundestraße 79.
M. Jarmer, Hundestraße 99.
H. Straatmann, Hofengarten 4.
M. Schlichting, Johannisstr. 66.
Konsumverein, Fleischhauerstr. 30.
Frau Körner, Schlumacherstr. 4.
H. Tews, Schlumacherstr. 39.
J. Bentin, Hüßstraße 42.
H. Schley, Hüßstraße 120.
J. Kasten, Balauerfohr 2.
E. Grützmacher, Balauerfohr 22.
A. Wehling, Bahmstraße 48.
C. Ohlson, Bahmstraße 50/52.
W. Kruse, Bahmstraße 68.
F. Zabel, Bahmstraße 93.
Frau Gottschalk, Krähenstraße 9.
F. Hartmann, Krähenstraße 12.
Wwe. Pehln, Krähenstraße 32.
H. Busch, Krähenstraße 34.
B. Bockholdt, Stavenstraße 8.
H. Donalis, Stavenstraße 25.
J. Baars, Stavenstraße 41.
Frau Grammerstorf, Regidienstr. 14.
J. Bünnig, Regidienstraße 24.
C. Wittfoht, Weberstraße 12.
J. Börth, Weberstraße 26.
F. Jacobi, St. Annenstraße 22.
Wwe. Langmaak, St. Annenstr. 30.
H. Eggers, Mühlenstraße 60.
H. Schippmann, Mühlenstr. 87.
G. Runge, Kleiner Bauhof 1.
H. Schlieper, Effengrube 3.
C. Lütge, Effengrube 9.
P. Hanke, Hartengrube 15.
A. Prüss, Hartengrube 20.
J. Müller, Hartengrube 21.
J. Meitzel, Hartengrube 34.
P. Wanser, Hartengrube 37.
H. Retelsdorf, Hartengrube 46.
Frau Ulmitzer, Obertrave 24.
H. Klatt, Lichte Querstraße 16.
Julius Müller, Danthwartsgrube 32.
A. Luckmann, Danthwartsgrube 69.
Ww. Böckmann, Marlesgrube 50.
H. Gosch, Marlesgrube 65.
A. König, Deponen 24.
W. Schulze, St. Petersgrube 12.
H. Feddern, St. Nifan 8.
F. Mirow, Schandestraße 3.
H. Voss, Alffstraße 25.
F. Bohusack, Grade Querstraße 2.
Wwe. Rachow, Untertrave 51.
Wwe. Ehlers, Großer Nifan 9.
H. Stühfi, 7. Querstraße 9.
F. Volkstaedt, Bederggrube 33.
Wwe. Peters, Böttcherstraße 9.
A. Vielhaak, Böttcherstraße 22.
Wwe. Dieckmann, Böttcherstr. 32.
H. Schmock, Rappschmiedestr. 12.
R. Jaacks, Rappschmiedestr. 24.
Frau Schmidt, Fischergrube 21.

W. Grube, Fischergrube 23.
F. Nehlsen, Fischergrube 42.
J. Kock, Fischergrube 90.
H. Düssler, Schwöbelenquerstraße 8.
S. Resenhöft, Schwöbelenquerstr. 26.
F. Wieszenty, Schwöbelenquerstr. 28.
Frau Schwartz, Engelsgrube 30.
H. Wittfoht, Engelsgrube 38.
A. Jaeschke, Engelsgrube 75.
F. Meyer, Ellerbrook 12.
C. Schlichting, Engelswisch 22.
H. Bleuss, Engelswisch 35.
W. Dreyer, Engelswisch 41.
H. Rehmann, Alshöhe 4.
Frau Gellert, Alshöhe 19.
E. Kähler, Burgtreppe 1.
K. Wunderlich, Gr. Burgstr. 32.

Vorstadt St. Lorenz:

F. Tisarik, Schwartauer Allee 79.
H. Westphal, Schwart. Allee 113.
J. Goldschmidt, Schwart. Allee 178a.
H. Schwarz, Schwart. Allee 191.
R. Drott, Schwartauer Allee 223.
Wwe. Steder, Josephinenstr. 3.
K. Schwanz, Drögestraße 4.
H. Wulf, Drögestraße 11.
J. Dietz, Drögestraße 15.
H. Lange, Drögestraße 112.
H. Kröger, Brodesstraße 11.
W. Berend, Brodesstraße 20.
F. Stümer, Brodesstraße 46.
C. Heitmann, Westhoffstraße 11.
A. Fuhrmann, Westhoffstraße 28.
Wwe. Wieschendorf, Westhoffstr. 45.
J. Kölzow, Westhoffstraße 52.
R. Nevermann, Ludwigstraße 8.
H. Wessel, Ludwigstraße 27.
H. Borgwaldt, Ludwigstraße 36.
G. Friede, Ludwigstraße 38.
W. Bollow, Ludwigstraße 57.
A. Westphal, Ludwigstraße 69.
C. Bannow, Geberdesstraße 17.
H. Techau, Geberdesstraße 44.
J. Vossgrag, Geberdesstraße 50.
W. Jürgens, Geberdesstraße 65.
J. H. Puls, Friedenstraße 29.
H. Staass, Friedenstraße 49.
J. Schmidt, Friedenstraße 66.
O. Bähnk, Friedenstraße 76.
Th. Plate, Friedenstraße 78.
C. Wendt, Friedenstraße 84.
A. Kähler, Friedenstraße 92.
J. Wittfoht, Friedenstraße 114.
J. Meins, Glandorpstraße 3.
H. Roden, Glandorpstraße 12.
E. Grimm, Glandorpstraße 21.
O. Karge, Glandorpstraße 50.
Wwe. Abraham, Reiferstraße 18.
W. Bätker, Reiferstraße 19a.
C. Meier, Reiferstraße 28.
H. Neumann, Reiferstraße 38a.
A. Burmester, Reiferstraße 43.
Konsumverein, Warendorpstr. 1-3.
F. Ahrens, Warendorpstraße 10.
W. Sünke, Warendorpstr. 25.
J. Hildebrandt, Warendorpstraße 26.
F. Berger, Warendorpstraße 32.
J. Piel, Warendorpstraße 41.
A. Dittmer, Warendorpstraße 60.
H. Heitmann, Warendorpstr. 72.
K. Korf, Wiedestraße 42.
L. Kohl, Wiedestraße 52.
H. Holst, Wiedestraße 53.
C. Reimers, Wiedestraße 62.
H. Vollert, Glorinstraße 13b.
W. Flachskämper, Greveradenstr. 7.
C. Piel, Greveradenstr. 9.
J. Jabs, Adlerstraße 6.
G. Voss, Adlerstraße 14.
F. Heisler, Adlerstraße 36.
G. Hartkopf, Adlerstraße 38.
H. Burmeister, Klappenstraße 1.
H. Levermann, Klappenstraße 19.
Wwe. Martens, Segebergstraße 10.
M. Oesterreich, Segebergstraße 24.
A. Waedow, Sabowstraße 19.
Ch. Westpheling, Sabowstr. 36.
Ww. Franck, Waisenhoffstraße 4a.
F. Thomsen, Waisenhoffstraße 12.
H. Rohweder, Waisenhoffstraße 17.
K. Person, Sedanstraße 1a.
J. Riemann, Sedanstraße 3.

F. Kaaksteen, Sedanstraße 11.
H. Schwarz, Sedanstraße 17a.
J. Fischer, Schönböfenerstraße 12.
H. Bruse, Schönböfenerstraße 16.
R. Fromm, Fackenburg Allee 23.
C. Trost Nachf., Fackemb. Allee 55c.
H. Schröder, Biegelstraße 14.
Ch. Hagen, Biegelstraße 114.
Ww. Dührkoop, Ritterstraße 6.
A. Burmeister, Steincaderweg 30 b.
J. Kock, Steinraderweg 32.
F. Dankert, Schützenstraße 25a.
A. Mann, Schützenstraße 36a.
Wwe. Klempau, Schützenstraße 47a.
P. Schläfke, Schützenstraße 54.
Wwe. Müller, Schützenstraße 55a.
F. Dvorack, Schützenstraße 58.
Frau Molge, Schützenstraße 63.
J. Sporns, Hansastraße 31.
Fedder J. Behm, Hansastraße 97.
F. Reese, Hansastraße 105.
H. Schmidt, Hansastraße 117.
H. Sohst, Töpferweg 69.
Hansa-Meierei, Meierstraße 34a.
Wwe. Puls, Meierstraße 37.
H. Schröder, Meierstraße 45.
A. Feuerlein, Lindenstraße 11a.
Konsumverein, Lindenstraße 48.
W. Deichmann, Lindenstraße 55.
J. Langhoff, Mittelstraße 13a.
J. Stoll, Mittelstraße 19b.
H. Bartels, Mittelstraße 25.
F. Meins, Ernestinenstraße 2.
W. Reimer, Ernestinenstraße 15.
E. Dostal, Emilienstraße 3.
J. Lange, Emilienstraße 17.
W. Burmeister, Brüderstraße 1.
J. Beck, Brüderstraße 6.
J. Kähler, Dornestraße 5.
F. Schaper, Dornestraße 21.
A. Beck, Dornestraße 26a.
H. Eggert, Dornestraße 38c.
Wwe. Oldenburg, Dornestraße 41.
Frau Krauthammel, Briesstraße 16.
P. Köhn, Fuchtingstraße 4.
A. Bothe, Fuchtingstraße 18.
G. Keratis, Karpfenstraße 11a.
M. Schmidt, Karpfenstraße 27a.
J. Fürstenau, Georgstraße 12.
A. Lankau, Georgstraße 13a.
Th. Strunck, Georgstraße 24.
Frau Kölln, Georgstraße 25.
W. Häse, Georgstraße 30.
H. Rickert, Georgstraße 33.
A. Krellenberg, Krausestraße 3.
Frau Giertz, Finkenstraße 3.
Frau Kuhse, Wielandstraße 9a.
L. Weimann, Waidblumenstraße 8.
O. Arndt, Lisenstraße 10.
H. Waedow, Lisenstraße 12.
A. Denker, Margarethenstraße 1.
H. Oldörp, Margarethenstraße 8a.
H. Ehrhardt, Margarethenstraße 15.
F. Dencker, Margarethenstraße 25.
Johs. Schwabroh, Moisl. Allee 33.
Frau Schwarz, Moislinger Allee 61.
A. Brüggemann, Moisl. Allee 83.
H. Hirsacker, Moislinger Allee 144.
O. Pöttsch, Moislinger Allee 180.

Vorstadt St. Gertrud:

F. Groth, Adolffstraße 2.
W. Abraham, Adolffstraße 2f.
Wwe. Meyer, Langereiße 31.
H. Köhler, Vogelgang 7.
M. Schwang, Paulstraße 11a.
Wwe. Kipp, Paulstraße 18.
J. Beck, Grüner Weg 6b.
A. Kayatz, Ernststraße 20.
Ww. Stooss, Arminstraße 10c.
J. Schwarz, Arminstraße 35.
E. Borgwaldt, Arminstraße 46a.
H. Jacke, Schönkampstraße 5a.
Ww. Kieckbusch, Schönkampstr. 11.
H. Schmidt, Schönkampstr. 14.
A. Maass, Heinrichstraße 18.
A. Oldenburg, Lühowstraße 1a.
C. Efflandt, Lühowstraße 10.
L. Kreutzfeld, Lühowstraße 13.
H. B. Boy, Lühowstraße 30.
O. Greve, Marlifstraße 10.
H. Wendt, Marlifstraße 21c.
Konsumverein, Marlifstraße 23.

Wwe. Lütge, Marlifstraße 27.
C. Hudoffsky, Marlifstraße 44.
K. Hein, Marlifstraße 70.
J. Stender, Bülowstraße 2a.
O. Schweim, Bülowstraße 8.
F. Lorenz, Chajotstraße 21.
R. Hack, Rottwischstraße 39.
H. Jacob, Rottwischstraße 53.
Frau Fessel, Gneisenaufstraße 4.

Vorstadt St. Jürgen:

F. Schmock, Falkenstraße 21.
K. Daniels, Attendornstraße 21.
K. Bremer, Attendornstraße 31.
Wwe. Moll, Attendornstr. 57.
F. Svensson, Trabelmannstr. 4.
H. Junge, Trabelmannstraße 33/34.
Frau Anders, Trabelmannstraße 47.
H. Arft, Wörkerlestraße 13a.
Frau Beuthien, Pelzerstraße 4.
J. Höppner, Pelzerstraße 18.
E. Bollhorn, Pelzerstraße 19a.
Frau Metz, Bleicherstraße 13.
P. Bahr, Dorotheenstraße 14.
O. Höfke, Blandstraße 14a.
H. Indicke, Blandstraße 25.
H. Schütt, Augustenstraße 14.
H. Strübing, Augustenstraße 17.
A. Fick, Wafenigstraße 5a.
H. Möller, Bütcherstraße 23.
H. Storm, Bäckerstraße 11a.
J. Kähler, Elswigstraße 1a.
Konsumverein, Elswigstraße 9a.
C. Fick, Elswigstraße 16.
H. Hafemann, Elswigstraße 17a.
W. Laudi, Elswigstraße 21a.
G. Wulff, Bulekstraße 5a.
J. Frost, Rahlhorststraße 46a.
H. Steffen, Rahlhorststraße 47.
H. David, Feldstraße 2.
H. Blunk, Cronsforder Allee 51.
Ww. Ahrens, Cronsforder Allee 74.
F. Eggers, Cronsforder Allee 105.
H. Brüggemann, Cronsf. Allee 111.
C. Piper, Friedrichstraße 1.

Auswärts:

J. Schult, Krempelsdorf.
H. Lütgens, Fackenburg.
Ch. Lütgens, Fackenburg.
Konsumverein Fackenburg.
A. Schnoor, Stodtelsdorf.
Th. Stühr, Stodtelsdorf.
Wwe. Luckert, Stodtelsdorf.
Konsumverein, Stodtelsdorf.
J. Hennings, Steinrade.
Frau T. Meier, Mori.
W. Stühr, Schönböfen.
F. Zamel, Schönböfen.
R. Schmachtel, Moislinger Baum.
C. Pohl, Moislinger Heide.
H. Mett, Moisl. Moisl.
H. Ohde, Moisl. Moisl.
H. Schatt, Moisl. Moisl.
A. Schwarz, Moisl. Moisl.
F. Lembke, Moisl. Moisl.
Konsumverein, Moisl. Moisl.
J. Struss, Moisl. Moisl.
G. Stamer, Genin.
F. Tietge, Genin.
G. Hinz, Borwerf.
W. Mowitz, Borwerf.
C. Beier, Borwerf.
Konsumverein, Borwerf.
Ww. Pruss, Tremser Kamp.
O. Malchow, Henjefeld.
P. Dohse, Schwartau.
Konsumverein, Schwartau.
H. Stender, Israelsdorf.
H. Petersen, Seereh.
F. Häse, Schlutup.
F. Schramm, Ahrensböf.
H. Bremer, Haffstrug.
Ed. Heinsen, Gleichendorf.
E. Böttcher, Neudorf.
Konsumverein, Gutin.
W. Albers, Gutin.
Wilh. Ulrich, Oldesloe.
W. Voss, Oldesloe.
G. Dencker, Gadebusch.
F. Brauer, Travemünde.